

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

B 2 / 63
9. Januar 1963

Hermann Weber
Die Parteitage der KPD
und SED

Hermann Weber, geboren 1928 in Mannheim. 1947—1949 Philosophiestudium an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“, anschließend Chefredakteur einer FDJ-Zeitschrift. Nach Bruch mit dem System als Publizist tätig, gegenwärtig mit einem Forschungsauftrag über die Geschichte der KPD beschäftigt.

Veröffentlichungen: „Schein und Wirklichkeit in der DDR“, Stuttgart 1958; „Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht“, Hannover 1961; Herausgeber von „Der deutsche Kommunismus. Dokumente“, Köln 1963.

Herausgeber: Bundeszentrale für Heimatdienst,
53 Bonn / Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Parteitage der KPD und SED

I. Der VI. Parteitag der SED

Vom 15. bis 19. Januar 1963 tagt in Ostberlin der VI. Parteitag der SED. Nach dem geltenden Statut der SED muß der Parteitag „in der Regel einmal in vier Jahren“ stattfinden. Der letzte Parteitag wurde allerdings bereits im Juli 1958 durchgeführt, sodaß der VI. Parteitag mit erheblicher Verspätung zusammentritt.

Der VI. Parteitag der SED wird nach der offiziellen Auslegung eine bedeutende Rolle spielen. Auf diesem Parteitag wird sich die SED ein Programm geben und ein neues Parteistatut annehmen. Bisher hatte die SED kein Parteiprogramm. Zwar wurde schon auf dem Gründungsparteitag eine „Programmkommission“ gebildet, aber bis heute kein Programm geschaffen. Der VI. Parteitag soll diese blamable Situation beenden.

Im neuen Programm wird die „Vollendung des Sozialismus“ in der „DDR“ proklamiert. Das Programm legt die gegenwärtige Praxis der SED fest, die auf die Spaltung Deutschlands abgestellt ist und seit Jahren als „Aufbau des Sozialismus“ deklariert wird. Damit wird deutlich, daß der VI. Parteitag eine bedeutsame Demonstration der SED-Politik sein soll. Dieser Parteitag reiht sich ein in die Kette der bisherigen SED-Parteitage, die als Manifestation des deutschen Kommunismus gedacht

waren. Auch die Parteitage der KPD in der Weimarer Republik und in der Emigration waren solche „Marksteine“ der Entwicklung des Kommunismus in Deutschland.

Vor wenigen Monaten nahm das Zentralkomitee der SED einen „Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ an, der die Grundlage für ein dreibändiges „Lehrbuch der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ bildete. Dieses stalinistische Machwerk stellt den Versuch dar, die Politik der SED historisch zu untermauern und die Tradition der gesamten deutschen Arbeiterbewegung für die SED-Politik einzuspannen. In einem Wust von Lügen, Halbwahrheiten und Legenden gehen dabei entscheidende Tatsachen der Geschichte des deutschen Kommunismus unter.

Der VI. SED-Parteitag findet 44 Jahre nach dem Gründungsparteitag der KPD statt. Ein Überblick über die bisherigen Parteitage der KPD und der SED und einige Hinweise über die Entwicklung der Mitgliedschaft, den Einfluß der Partei und über die Führer des Kommunismus in Deutschland ist angebracht, sowohl um die Bedeutung des jetzigen Parteitags im historischen Zusammenhang sehen und werten zu können, als auch um die SED-Legenden des „Grundriß“ zu enthüllen.

II. Die Parteitage und -konferenzen der KPD und SED

I. Parteitag der KPD: 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin.

II. Parteitag der KPD: 20. — 24. Oktober 1919 in Heidelberg.

III. Parteitag der KPD: 25. — 26. Februar 1920 in Karlsruhe.

IV. Parteitag der KPD: 14. — 15. April 1920 in Berlin.

V. Parteitag der KPD: 1. — 3. November 1920 in Berlin.

VI. Parteitag der KPD: 4. — 7. Dezember 1920 in Berlin.

VII. Parteitag der KPD: 22. — 26. August 1921 in Jena.

VIII. Parteitag der KPD: 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig.

IX. Parteitag der KPD: 7. — 10. April 1924 in Frankfurt/Main.

X. Parteitag der KPD: 12. — 17. Juli 1925 in Berlin.

I. Reichsparteikonferenz der KPD: 31. Oktober — 1. November 1925 in Berlin.

XI. Parteitag der KPD: 2. — 7. März 1927 in Essen.

II. Reichsparteikonferenz der KPD: 3. — 4. November 1928 in Berlin.

XII. Parteitag der KPD: 9.—12. Juni 1929 in Berlin-Wedding.

III. Reichsparteikonferenz der KPD: Ende Oktober 1932 in Berlin.

„Brüsseler“ Parteikonferenz der KPD: 3. — 15. Oktober 1935 in Moskau.

„Berner“ Parteikonferenz der KPD: 30. Januar bis 1. Februar 1939 in Paris.

XV. Parteitag der KPD: 19. — 20. April 1946 in Berlin.

I. Parteitag der SED: 21. — 22. April 1946 in Berlin.

II. Parteitag der SED: 20. — 24. September 1947 in Berlin.

I. Parteikonferenz der SED: 25. — 28. Januar 1949 in Berlin.

III. Parteitag der SED: 20. — 24. Juli 1950 in Berlin.

II. Parteikonferenz der SED: 9. — 12. Juli 1952 in Berlin.

IV. Parteitag der SED: 30. März bis 6. April 1954 in Berlin.

III. Parteikonferenz der SED: 24. — 30. März 1956 in Berlin.

V. Parteitag der SED: 10. — 16. Juli 1958 in Berlin.

VI. Parteitag der SED: 15. — 19. Januar 1963 in Berlin.

III. Überblick über die Parteitage der KPD und SED

In der Weimarer Republik hielt die KPD zwölf Parteitage ab, außerdem fanden drei Reichsparteikonferenzen statt. In der Emigration führte die KPD zwei Parteikonferenzen durch, die später als Parteitage bezeichnet wurden. Vor der „Vereinigung“ mit der sowjetzonalen SED fand nochmals ein KPD-Parteitag statt und schließlich hat die SED bisher fünf Parteitage und drei Parteikonferenzen durchgeführt.

Der Gründungsparteitag der KPD

Während des Ersten Weltkrieges hatte sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gespalten. Ostern 1917 war in Gotha die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ gegründet worden. Innerhalb der USPD hatte sich ein Teil der früheren Linken der Vorkriegssozialdemokratie als „Gruppe Internationale“ — nach ihrem illegalen Organ „Spartakus“ bald Spartakusbund genannt — gesammelt. Dieser Spartakusbund, dessen führende Köpfe Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren ¹⁾, löste sich in einer Konferenz am 29. Dezember 1918 von der USP. Am nächsten Tage trat dann der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands zusammen. Auf diesem Parteitag schloß sich der Spartakusbund mit den „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ ²⁾ zur „Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)“ zusammen ³⁾. Auf dem Parteitag waren 100 Teilnehmer, darunter 83 Delegierte aus 46 Orten Deutschlands, anwesend.

Karl Liebknecht referierte über die „Krise in der USP“ und forderte den „Trennungsstrich zu ziehen und uns als neue selbständige Partei zu konstituieren, entschlossen und rücksichtslos, geschlossen und einheitlich in Geist und Willen, mit klarem Programm, Ziele und

Mittel zusammengestimmt nach den Interessen der sozialistischen Weltrevolution“.

Das Hauptreferat hielt Rosa Luxemburg, die das von ihr verfaßte „Spartakusprogramm“ erläuterte. Das vom Parteitag angenommene Programm enthielt u. a. die bemerkenswerten Sätze: „Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt. . .

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord . . .

Der Spartakusbund ist keine Partei die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will . . .“

Über die Wahlen zur Nationalversammlung referierte Paul Levi ⁴⁾. Obwohl er und die gesamte Zentrale für eine Wahlbeteiligung eintrat, lehnte die ultralinke Mehrheit des Parteitages eine Wahlbeteiligung mit 62 gegen 23 Stimmen ab.

Über die Parteiorganisation sprach Hugo Eberlein ⁵⁾, der einen straffen Zentralismus ablehnte und erklärte: „Es darf von oben her nicht uniformiert werden. Die einzelnen Organisationen müssen völlige Autonomie haben“. Weitere Referate wurden über die Wirtschaftskämpfe und eine internationale Konferenz gehalten. Dabei wurde erklärt, daß die „notwendigen Organisationen, um den Sozialismus herbeizuführen“, die „Betriebsräte“ seien. Im Namen der Kommunistischen Partei Rußlands begrüßte Radek ⁶⁾ den Parteitag; seine Rede „entfesselte einen Sturm der Begeisterung“.

Der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands machte offenbar, daß die neue Partei in sich noch sehr widersprüchlich war. Die Mehrheit für den Wahlboykott schien Rosa Luxemburg, die der verfrühten Parteigründung skeptisch gegenüber gestanden hatte, recht zu geben; Jogiches⁷⁾ überlegte während der Sitzung sogar, ob man den Parteitag aufliegen lassen solle. Trotz der Begeisterung für die russische Revolution zeigte der Gründungsparteitag, besonders aber das Programm, daß bei gleicher Zielsetzung die Strategie und die Methoden der deutschen KP unter dem Einfluß Rosa Luxemburgs noch sehr verschieden von denen des russischen Bolschewismus waren.

Der II. Parteitag der KPD

Kurz nach dem Gründungsparteitag kam es in Berlin zum sogenannten Spartakusaufstand. Durch die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs, und einige Zeit danach Jogiches, wurde die Partei ihrer wichtigsten Führer beraubt. Innerhalb der Partei kam es zu Differenzen zwischen ultralinken Gruppen in Hamburg, Sachsen, Berlin und der Leitung der Partei unter Paul Levi. Da die KPD in den Bürgerkriegskämpfen verboten worden war, fand der II. Parteitag im Oktober 1919 illegal statt. Er trat abwechselnd auf der Wachenburg bei Weinheim, in Heidelberg, in Mannheim und auf dem Dilsberg am Neckar zusammen. Paul Levi referierte über die politische Lage. Dabei führte er aus, die Kommunistische Partei müsse „den Kern bilden für die entschlossene revolutionäre Umsturzpartei“. Levi wandte sich vor allem gegen die sogenannte „Hamburger Richtung“, die unter Führung von Laufenberg und Wolffheim⁸⁾ ultralinke Ansichten vertrat und für eine „Einheitsorganisation“ anstelle der herkömmlichen Trennung von Partei und Gewerkschaft agitierte. Die Zentrale legte „Leitsätze“ vor, in denen abgelehnt wurde „einerseits die syndikalistische Auffassung von der Überflüssigkeit oder Schädlichkeit politischer Mittel, andererseits die Auffassung der USP, daß revolutionäre Errungenschaften auch im Wege parlamentarischer Beschlüsse oder Verhandlungen mit der Bourgeoisie herbeigeführt werden könnten“. Ebenso wurde in den Leitsätzen eine straffe Zentralisation der Partei gefordert und gesagt: „Die KPD verwirft jeden Föderalismus“.

Nach den Leitsätzen mußten Mitglieder, die gegen diese Bestimmungen waren, „aus der Partei ausscheiden“. Darüber kam es zu erregten Debatten. 31 Delegierte stimmten

für, 18 gegen die Leitsätze. Die Gegner der Leitsätze verließen den Parteitag, sie gründeten im April 1920 die Kommunistische Arbeiter Partei Deutschlands⁹⁾.

Die zurückgebliebenen Delegierten nahmen auch „Leitsätze über den Parlamentarismus“ an, die eine Beteiligung der KPD an den Parlamentswahlen vorsahen. Über diese Leitsätze und über die Gewerkschaftsfrage kam es erneut zu einer Diskussion. Eine zwischen der ausgeschiedenen ultralinken Gruppe und der „rechten“ Zentrale stehende Gruppe unter Führung von Münzenberg und Schumann¹⁰⁾ konnte sich jedoch nicht durchsetzen; Paul Levi blieb Parteiführer.

Der III. Parteitag der KPD

Am 25. Februar 1920 trat in Karlsruhe der III. Parteitag der KPD zusammen. Die 43 Delegierten trafen sich illegal. Der Kongreß konnte nicht zu Ende geführt werden, weil die Polizei am 26. Februar den Parteitag aushob, die Delegierten verhaftete und aus Baden auswies.

Das Hauptreferat „Über die politische Lage und die Situation in der Partei“ hatte Ernst Meyer¹¹⁾ gehalten. Er erklärte zur dringendsten Aufgabe der KPD: „unsere Kritik an der USP zu verschärfen und durch diese Kritik die Revolutionierung der Arbeiter in der USP zu beschleunigen“. In der Diskussion wurde scharfe Kritik am organisatorischen Zustand der KPD geübt. Ein Redner meinte: „Wir haben überhaupt noch keine Partei.“

Clara Zetkin¹²⁾, die über die internationale Lage referierte, erklärte es zur Pflicht der deutschen Kommunisten, in Deutschland die Revolution weiterzutreiben. Ihr Bericht über eine internationale kommunistische Konferenz in Holland wurde durch das Eintreffen der Polizei abgebrochen. Daraufhin rezitierte Clara Zetkin: „Und wenn die Welt voll Teufel wär!“

Der IV. Parteitag der KPD

Kurze Zeit nach dem III. Parteitag versuchten rechtsradikale Kreise durch den Kapp-Putsch die Weimarer Republik zu stürzen. Die Zentrale der KPD lehnte in einem Aufruf vom 13. März den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch ab. Die KPD-Leitung analysierte die Auseinandersetzung als einen Kampf zwischen „zwei gegenrevolutionären Flügeln, Kapp und Ebert“.

In einem offiziellen Flugblatt der KPD hieß es: „Sollen die Arbeiter in diesem Augenblick

sich zum Generalstreik erheben? Die Arbeiterklasse . . . ist in diesem Augenblick nicht aktionsfähig. Wir halten es für unsere Pflicht, das klar auszusprechen. Die Arbeiterklasse wird den Kampf gegen die Militärdiktatur aufnehmen in dem Augenblick und mit den Mitteln, die günstig erscheinen. Dieser Augenblick ist noch nicht da."

Die Macht des Generalstreiks zerfetzte allerdings die Aufrufe der KPD-Parteizentrale. Unter dem Eindruck der Ereignisse (und dem Einfluß des inzwischen aus dem Gefängnis entlassenen Levi) rief die KPD am 15. März auf „Für den Generalstreik!“

Nach dem Kapp-Putsch erklärte sich die KPD-Zentrale bereit, eine Regierung aus SPD und USP zu tolerieren. Wegen dieser Taktik kam es auf dem IV. Parteitag, der — wiederum illegal — im April 1920 zusammentrat, zu erregten Diskussionen. Die 49 Delegierten beschlossen außerdem einen Aufruf zu den Reichstagswahlen und beschäftigten sich ausführlich mit Betriebsrätefragen.

Der V. Parteitag der KPD

Das Jahr 1920 war durch eine Radikalisierung der deutschen Arbeiterschaft gekennzeichnet. Die Sozialdemokratische Partei hatte bei den Reichstagswahlen 1920 gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung fast die Hälfte ihrer Stimmen verloren, während die USP die Zahl ihrer Wähler verdoppeln konnte. Innerhalb der USP gab es einen starken linken Flügel, der sich immer mehr dem Kommunismus näherte. Schon auf dem II. Parteitag im März 1919 hatte sich die USP unter dem Druck des linken Flügels zum Räte-System und zur Diktatur des Proletariats bekannt. Die USP wollte sich 1920 auch der Kommunistischen Internationale anschließen¹³⁾. Die Komintern hatte jedoch auf ihrem II. Weltkongreß im Juli 1920 „21 Bedingungen“ über den Eintritt in die Komintern angenommen. Danach konnte in jedem Land nur eine Partei Mitglied der Komintern sein; außerdem war den „rechten Führern“ der USP der Weg in die Komintern durch eine Klausel in den „Bedingungen“ versperrt. Auf ihrem Parteitag vom 12. bis 17. Oktober 1920 spaltete sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wegen der Anschlußbedingungen. Mit 237 gegen 156 Stimmen entschieden sich die Delegierten nach einer Redeschlacht — in der besonders der Kominternvorsitzende Sinowjew¹⁴⁾ hervorstach — für den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Die rechte Minderheit

führte daraufhin einen gesonderten Parteitag durch. Die linke USP mit über 300 000 Mitgliedern nahm nunmehr Fusionsverhandlungen mit der KPD — die knapp 80 000 Mitglieder zählte — auf.

Vom 1. bis 3. November 1920 tagte daraufhin ein Parteitag der KPD, um über die Vereinigung zu beschließen. 101 Delegierte berieten zunächst in einer nichtöffentlichen Sitzung. Neben der Frage der Verschmelzung mit der linken USPD kamen auch die Haltung zur Komintern und der Zentralismus der Partei zur Sprache. Der Bezirk Württemberg wandte sich gegen den straffen Zentralismus und sein Vertreter erklärte: „Wir wollen keinen bürokratischen, sondern einen demokratischen Zentralismus“. Levi und andere Redner wandten sich gegen bestimmte Methoden der Komintern. Die Delegierten stimmten einmütig der Vereinigung mit der linken USP zu. Gegen eine Stimme wurde der Name der Partei „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)“ in „Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)“ geändert.

In der öffentlichen Sitzung des Parteitags wurde über die politische Lage diskutiert, ein Bericht vom II. Weltkongreß der Komintern gegeben und Richtlinien für die Arbeit der Betriebsräte und der politischen Arbeiterräte ausgearbeitet.

Der VI. Parteitag der KPD

Vier Wochen später fand der VI. Parteitag, der Vereinigungsparteitag von KPD und linker USP statt, zu dem sich 349 Delegierte der USPD und 146 Delegierte der KPD versammelten. Am 3. Dezember waren nochmals außerordentliche Kongresse beider Parteien durchgeführt worden; und vom 4. bis 7. Dezember 1920 tagte dann der Vereinigungsparteitag.

Im Mittelpunkt der Diskussionen der „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“ — wie sich die Partei auf diesem Kongreß nannte — standen ein Aktionsprogramm und der Organisationsaufbau der Partei. Entsprechend den Weisungen der Komintern erstrebte die Partei die „Diktatur des Proletariats“ und das Räte-System. Die Organisation sollte nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ aufgebaut sein. Es wurde für einen „Grundfehler“ der USP erachtet, daß sie nach dem föderalistischen Prinzip aufgebaut war. Dazu wurde erklärt: „Wir müssen uns darüber klar sein, daß dieser Föderalismus in keiner Weise mit in die Partei der Ver-

einigten Kommunisten übernommen werden darf“.

Auch ein Agrarprogramm, die Arbeitslosenfrage, Frauenprobleme und die Gewerkschaftsarbeit wurden in Referaten und Diskussionen behandelt. Der Kongreß verlief ohne größere Reibungen, die Vereinigung ging zunächst glatt vonstatten. Die Zentrale der VKPD wurde — paritätisch aus früheren USP- und KPD-Mitgliedern — neu gewählt. Im Anschluß an den Parteitag fand am 8. Dezember 1920 die erste „Reichsfrauenkonferenz der VKPD“ statt.

Der VII. Parteitag der KPD

Zwischen dem VI. und dem VII. Parteitag geriet die KPD in eine tiefe innere Krise. Nach dem Vereinigungsparteitag kam es zu Differenzen zwischen dem Parteiführer Levi und der Komintern; Paul Levi schied — zusammen mit Clara Zetkin und einer Reihe anderer Parteiführer aus der Zentrale aus. Die neue Zentrale wollte beweisen, daß die Massenpartei (die die KPD nun nach der Vereinigung war) die Furcht vor dem Putschismus, die in der KPD nach der Niederlage vom Januar 1919 festsaß, überwunden hatte. Sie begann mit der agitatorischen Vorbereitung eines Aufstandes in Mitteldeutschland, im Bezirk Halle-Merseburg, in dem die KPD unverhältnismäßig stark war. Nachdem Mitteldeutschland durch Polizeieinheiten des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Hörsing besetzt war, rief die Kommunistische Partei im März 1921 zum Aufstand auf. Diese „Märzaktion“ war auch auf Betreiben der Kominternführung vorangetrieben worden. Rußland wurde von einer schweren Krise heimgesucht, deshalb wollte die Komintern den russischen Arbeitern „neue Erfolge der Weltrevolution“ zeigen. Obwohl die Aktion von vornherein zur Niederlage verurteilt war, machte die Mehrheit der Zentrale den Putsch im Interesse Sowjetrußlands mit. Der Aufstand wurde in wenigen Tagen niedergeschlagen. In der KPD kam es zu heftigen Diskussionen und Levi und viele andere Parteiführer wurden ausgeschlossen oder verließen die Partei.

Da einige KPD-Führer versuchten, durch die sogenannte „Offensiv-Theorie“ die Aktion zu rechtfertigen, diskutierte auch der III. Weltkongreß der Komintern im Juni/Juli 1921 über die Märzaktion.

Selbstverständlich stand dieses Problem und die kommunistische Taktik auch im Mittelpunkt des VII. Parteitages der KPD im August 1921. Der Parteiführer Ernst Meyer er-

stattete den politischen Bericht der Zentrale. 281 stimmberechtigte Delegierte diskutierten die Referate über die politische Lage, die Aufgaben der Partei und die Tätigkeit in den Gewerkschaften. Einige noch in der Partei verbliebenen Anhänger Levis (der inzwischen die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“¹⁵) gegründet hatte) griffen die Zentrale an. Aber auch von links kamen Anfechtungen, denn es hatte sich ein linker Flügel — vor allem aus der Berliner Parteiorganisation bestehend — herausgebildet. Auf dem Parteitag wurde ein Brief Lenins verlesen, darin stellte Lenin der KPD die Aufgabe: „Kaltes Blut und Ausdauer bewahren; systematisch die Fehler der Vergangenheit korrigieren; unaufhörlich darauf bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern; geduldig eine starke und kluge kommunistische Partei aufzubauen . . .“

Lenin erklärte auch, warum er noch auf dem III. Weltkongreß der Komintern Paul Levi verteidigt hatte und warnte die Partei vor der „Offensiv-Theorie“. Er schrieb: „Die deutschen Kommunisten müssen um jeden Preis die inneren Streitigkeiten beenden.“

Der Parteitag beschloß, die Partei wieder „Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)“ zu nennen. Diesen Namen trug die KPD bis 1933.

Der VIII. Parteitag der KPD

1922 versuchte die KPD aus verschiedenen Anlässen mit der USP und der SPD (die sich im September 1922 wieder zusammengeschlossen hatten) zu einer „Einheitsfront“ zu kommen. Die KPD, die nach dem Rathenau-Mord von Heinrich Brandler¹⁶) geleitet wurde, betrieb damals eine sogenannte „rechte“ Politik. Auf dem VIII. Parteitag im Januar 1923 stand die Mehrheit der 228 Delegierten hinter der Zentrale. Im Mittelpunkt der Diskussion stand ein Referat Brandlers über die Einheitsfront und die Arbeiterregierung. Brandler definierte die Einheitsfront: sie sei nicht eine Parole zur Entlarvung des Klassenfeindes oder zur Entlarvung der Sozialdemokraten, sie ist das Mittel zur Gewinnung der Massen für den Kommunismus, um das Proletariat aus der Defensive zur Offensive gegen die Bourgeoisie, zur Niederwerfung der Bourgeoisie zu führen“.

Gegen die Vorstellung der Zentrale von einer Arbeiterregierung wandte sich eine starke linke Opposition unter Ruth Fischer und Mas-

low¹⁷⁾, die von den Bezirken Berlin, Wasserkante, Mittelrhein und Hessen getragen wurde. Es kam dabei zu erregten Debatten, die zeigten, daß ein Riß durch die Partei lief.

Clara Zetkin verteidigte das Vorhandensein verschiedener politischer Richtungen in der Partei; sie sah darin „kein vernichtendes Unglück“. „Die Kritik von rechts wird manche Torheit links verhüten und umgekehrt. Kritik ist für die Partei Lebensnotwendigkeit . . . Wir müssen in der Partei Meinungsfreiheit, Diskussionsfreiheit für die Tendenzen haben.“

Andere Stimmen meinten dagegen: „Unsere praktische Stoßkraft als Partei hängt von unserer ideologischen Klarheit und Geschlossenheit ab.“

Der Parteitag beschäftigte sich mit den Ergebnissen des IV. Weltkongresses der Komintern und mit der Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten. In einem „Manifest an das Proletariat“ wurde auch zu dem Ruhrkampf Stellung genommen und erklärt:

„Wir fordern Euch auf, gegen die französische imperialistische Invasion zu kämpfen, daß die französischen Arbeiter wissen: Nicht Bediente des Herrn Stinnes, nicht Heloten des Grubenkapitals stehen im Kampf gegen die französischen Okkupationsheere, sondern revolutionäre deutsche Arbeiter, die die Geschicke ihrer Klasse und die Geschicke ihrer Nation in die Hand genommen haben!

Arbeiter des nichtbesetzten Deutschlands! Unterstützt mit aller Energie den Kampf Eurer Brüder an der Ruhr, indem Ihr die Regierung des Kapitals, die Regierung Cuno, schlagt, die Arbeiterregierung an ihre Stelle setzt, die imstande sein wird, dem französischen Volke die Hand zu reichen und, wenn nötig, zusammen mit den russischen Proletariern dem französischen Imperialismus zu zeigen, daß die Zeit seiner Herrschaft abgelaufen ist . . .“

In einer Adresse an die Rote Armee Sowjetrußlands gab der Parteitag „das Gelöbnis, alle Kraft einzusetzen, um das deutsche Proletariat zu veranlassen, dem Beispiel seiner russischen Brüder zu folgen und die Weltrevolution eine weitere Etappe vorwärts zu treiben.“

Der IX. Parteitag der KPD

Das deutsche Krisenjahr 1923 wurde auch zu einem Einschnitt in der Geschichte der KPD. Nachdem die KPD zunächst gemeinsame Sache mit den Völkischen zu machen versuchte und mit dem „Schlageter-Kurs“ die nationalistische Klaviatur spielte, bereitete sie sich auf einen

revolutionären Umsturz vor. In Sachsen und Thüringen traten Kommunisten in die Regierung ein. Das EKKI¹⁸⁾ beschloß im August-September 1923 den Aktionsplan für eine Revolution in Deutschland. Der Militär-Apparat der KPD bereitete den bewaffneten Aufstand vor. Im Oktober 1923 setzte die Reichsregierung die sächsische Regierung ab; das schien das Signal für den kommunistischen Aufstand zu werden. Da die KPD-Führung jedoch auf einer Betriebsrätekonferenz in Chemnitz feststellen mußte, daß die SPD-Arbeiter nicht bereit waren, mitzumachen, wurde der Aufstand von der Brandler-Führung abgeblasen.

Nur in Hamburg kam es — durch ein groteskes Mißverständnis — zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Der Hamburger Aufstand wurde jedoch rasch niedergeschlagen. Damit war die letzte größere militärische Aktion der KPD in Deutschland zusammengebrochen. Die KPD wurde bis zum 1. März 1924 verboten.

Inzwischen waren in Rußland schwere innerparteiliche Differenzen ausgebrochen, die auch auf die deutsche KP übergriffen. Innerhalb der KPD kam es zu erbitterten Debatten um die Schuldfrage am Mißlingen der Revolution. Die Brandler-Führung fiel auseinander. Ein Teil der früheren Führung, die sogenannte Mittelgruppe, übernahm anstelle der Brandler-Anhänger die Parteileitung. Doch bei der Vorbereitung des Parteitages zeigte sich, daß die frühere linke Opposition die Mehrheit der Partei für sich hatte.

Auf dem Parteitag, der noch illegal durchgeführt wurde, gehörten 92 der 126 stimmberechtigten Delegierten zu den „Linken“, während 34 die „Mittelgruppe“ vertraten; die Brandler-Fraktion hatte keine Delegierten. Über die Taktik der Partei referierte je ein Vertreter der Linken der Mittelgruppe und der Brandlergruppe. Auch bei Behandlung der Gewerkschaftsfragen zeigten sich auf dem Parteitag ultralinke Tendenzen. Zu heftigen Diskussionen kam es bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die Reichstagswahl. Die Linken lehnte es ab, einige Vertreter der Mittelgruppe (darunter Ulbricht) als Kandidaten zu nominieren. Die Linke der Partei unter der Führung von Ruth Fischer, Maslow, Scholem und Thälmann¹⁹⁾ übernahm die Parteileitung. Sie hoben hervor, daß es die bittere Pflicht des Parteitages sei „den politischen Plan, nach dem die Partei über ein Jahr marschiert war, ein Jahr wichtigster politischer und wirtschaftlicher Ereignisse, für falsch“ zu erklären. Der Parteitag mußte „die Beschlüsse des vorhergehenden

Parteitages aufheben“, er müßte „die Führung der Partei ändern“. Nach der rigorosen Änderung der Parteilinie — die radikaler wurde — und der Wahl einer neuen Parteiführung nahm der Parteitag Beschlüsse über die politische Lage und die „Organisierung der Revolution“ sowie ein Aktionsprogramm an.

Der X. Parteitag der KPD

Nach dem IX. Parteitag erfolgte eine fast vollständige Auswechslung des Parteiapparates der KPD; die früheren „Rechten“ wurden durch „Linke“ oder solche, die rechtzeitig umgeschwenkt waren, ersetzt. Unter der Losung der „Bolschewisierung“ der Partei wurde ein ideologischer Kampf gegen den „Luxemburgismus“, die Theorie Rosa Luxemburgs, und damit gegen die Tradition der KPD geführt. In Rußland hatten die Auseinandersetzungen zwischen Stalin und Trotzki begonnen; die KPD schloß sich sofort dem „Kampf gegen den Trotzismus“ an.

Zunächst glaubte die neue KPD-Führung noch, daß sich Deutschland in einer akuten „revolutionären Situation“ befände und entsprechend nahm die KPD Kurs auf den gewaltsamen Aufstand. Der Wahlerfolg im Mai 1924 schien ihr recht zu geben. Doch bald zeigte sich, daß die Verhältnisse in Deutschland sich stabilisierten und die linke Politik die KPD in die Isolierung drängte. Diese Politik führte dazu, daß beim 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl im April 1925 durch die Sonderkandidatur des Kommunisten Thälmann Hindenburg gewählt wurde. Thälmann erhielt 1,9 Millionen Stimmen, Hindenburg wurde mit 14,6 Millionen Stimmen Reichspräsident. Der Kandidat der Weimarer Koalition, Marx, hatte 13,7 Millionen Stimmen erhalten. Als die Ruth Fischer-Führung daraufhin eine Wendung der Politik nach rechts versuchte, traten die Zentrale-Mitglieder Scholem, Rosenberg und Katz²⁰⁾ als „Ultralinke“ gegen sie auf.

Die überwiegende Mehrheit der 170 Delegierten des X. Parteitages stand jedoch hinter der Ruth Fischer-Führung und gegen die Ultralinken. Der Parteitag nahm eine Resolution an, nach der die Aufgabe darin bestand: „eine feste, einheitliche klare marxistisch-leninistische Grundlage für die Parteipraxis zu schaffen und die Reinheit der Theorie gegen jede Abweichung mit unnachsichtlicher Konsequenz zu verfechten“.

Ruth Fischer drohte den Ultralinken: „Wehe euch, wenn ihr eine Fraktion aufziehen wer-

det. Wir werden euch genauso bekämpfen, genauso erbarmungslos maßregeln wie die Jannack-Leute“. (Jannack, ein Anhänger Brandlers, war kurz vorher aus der KPD ausgeschlossen worden.)

Über die Gewerkschaftsfrage referierte Thälmann, über die politische Situation Ruth Fischer. Der Parteitag beschloß die Reorganisierung der KPD auf der Grundlage von „Betriebszellen“ und nahm ein neues Parteistatut an. Als Leitungsorgan wurde — anstelle der früheren Zentrale und des Zentralausschusses — ein Zentralkomitee gebildet.

Zu erregten Auseinandersetzungen kam es, als der Vertreter der Komintern, Manuilski, Kritik an der Politik der deutschen KP übte. Manuilski wurde niedergeschrien. Ultralinke Opposition und Parteiführung einigten sich auf ein ZK, das — mit deutlichem Affront gegen die Komintern — einstimmig gewählt wurde.

Im Anschluß an den Parteitag fanden noch eine Agitprop-, eine Frauen- und Jugendkonferenz statt.

Die I. Reichsparteikonferenz der KPD

Die Desavouierung der Komintern-Delegation auf dem X. KPD-Parteitag zeigte der Komintern-Führung, daß die KPD-Leitung trotz aller „Bolschewisierung“ noch zuviel Eigenständigkeit besaß. Am 1. September 1925 veröffentlichte „Die Rote Fahne“ einen „Offenen Brief“ der Komintern-Führung gegen die Ruth Fischer-Maslow-Gruppe, die darin als „ultralink“ angegriffen wurde. Obwohl die Delegierten der KPD sechs Wochen vorher dieser Führung einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und ihre Politik gebilligt hatten, wurde diese Führung durch einen Federstrich der Komintern abgesetzt. Widerstände — vor allem in der Berliner Organisation — wurden mit Apparat-Methoden bald überwunden. Durch ihre Politik der „Bolschewisierung“ hatte sich die Ruth Fischer-Gruppe auch selbst das Grab geschaufelt. Der „Offene Brief“ kritisierte vor allem das „unrichtige, unbolschewistische Verhältnis der Gruppe des Genossen Maslow zur Komintern“.

Um die neue Linie in der Partei durchzusetzen, trat am 31. Oktober 1925 die erste Parteikonferenz der KPD zusammen, auf der Thälmann das Hauptreferat hielt. Korreferent war Scholem. Von den 249 Delegierten der Konferenz

billigte eine große Mehrheit die im Sinne des „Offenen Briefes“ der Komintern abgefaßten Entschließungen über die politische Lage und die Gewerkschaftsfrage. Scholem wurde (gegen 26 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen) aus dem ZK ausgeschlossen und Thälmann zum Parteivorsitzenden gewählt.

Der XI. Parteitag der KPD

Nach dem „Offenen Brief“ und nach der Parteikonferenz wurde die KPD wieder einmal von einer inneren Krise geschüttelt. Ein großer Teil der früheren linken Führer (Ruth Fischer, Maslow, Scholem u. a.) wurden 1926 ausgeschlossen. Die Zersplitterung ging bald so weit, daß ein kommunistisches Oppositionsblatt 1927 innerhalb und außerhalb der KPD 10 verschiedene kommunistische Fraktionen registrieren konnte.²¹⁾

Durch die „Konzentration der Kräfte“, d. h. durch die Zusammenarbeit der in der KPD verbliebenen Linken unter Thälmann mit der Mittelgruppe unter Meyer, konnte sich die KPD wieder festigen und durch eine gemäßigte Politik nach außen wieder Einfluß erringen.

Der XI. Parteitag der KPD vom 2.—7. März 1927 bestätigte diese Linie. Auf dem Parteitag, auf dem Thälmann das Hauptreferat hielt, wurde erklärt, daß die KPD „Monate hindurch dreiviertel und vierfünftel der Arbeit darauf verwenden“ mußte, Teile der Parteimitgliedschaft von den ausgeschlossenen linken Führern zu trennen. Auf dem Parteitag waren unter den 183 stimmberechtigten Delegierten nur noch 10 Vertreter von drei linken Oppositionsgruppen. Der Parteitag nahm mehrere Entschließungen über die Lage, die Gewerkschaftsarbeit usw. an. Über die innerparteilichen Aufgaben hieß es in einer (gegen 8 Stimmen angenommenen) Resolution: „Der Parteitag macht alle Parteimitglieder darauf aufmerksam, daß in der Zeit der verstärkten imperialistischen Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie, der rücksichtslosen Offensive gegen die Arbeiterschaft und der drohenden Einbeziehung Deutschlands in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion die ungehinderte Aktionsfähigkeit der Partei besonders notwendig ist. Diese Aktionsfähigkeit kann die Partei nur entwickeln, wenn ihre Einheit und Disziplin für die Zukunft gesichert bleiben. Der Parteitag schlägt deshalb vor, alle Gruppen und Fraktionen aufzulösen, und verpflichtet das ZK und die anderen untergeordneten Parteileitungen, alle Maßnahmen zu treffen, um die Gefahr weiterer fraktioneller Kämpfe zu bannen.“

Die II. Reichsparteikonferenz der KPD

Trotz der Ankündigungen des XI. Parteitages über das Ende der Fraktionskämpfe hielt der innerparteiliche Frieden nicht lange an. Von Juli bis September 1928 tagte der VI. Weltkongreß der Komintern, der — entsprechend der Stalinschen Linkswendung in Rußland — einen linken Kurs der Komintern vorbereitete. Das führte zu neuen Spannungen innerhalb der KPD. Durch einen schweren Korruptionsfall kam der Stein ins Rollen. Der Politische Leiter der Hamburger KP, Wittorf, hatte Parteigelder unterschlagen, und sein Schwager, der Parteivorsitzende Thälmann, versuchte, diese Tatsache zu vertuschen. Einige sogenannte Versöhner, vor allem Gerhart Eisler²²⁾, wollten die Wittorf-Affäre benutzen, um Thälmann zu stürzen und eine neue ultralinke Wendung in der Politik zu verhindern. Am 26. September 1928 faßte das ZK der KPD einen einstimmigen Beschluß, in dem es hieß: „Das ZK mißbilligt auf das schärfste die Geheimhaltung der Hamburger Vorgänge gegenüber den leitenden Instanzen der Partei durch den Genossen Thälmann als einen die Partei schwer schädigenden politischen Fehler. Auf seinen eigenen Antrag wird diese Angelegenheit der Exekutive überwiesen; bis zu ihrer Erledigung ruhen die Funktionen des Genossen Thälmann...“

Genosse Thälmann, dem persönlich kein Vorwurf der Beteiligung an den Unterschlagungen Wittorfs gemacht werden kann, hat mit einigen Genossen den Versuch gemacht, die ihm und den übrigen Genossen bekanntgewordenen Unterschlagungen Wittorfs den leitenden Instanzen der Partei vorzuenthalten...“

Außer Thälmann wurden auch John Schehr und andere ihrer Funktion enthoben. Bei Stimmenthaltung Heinz Neumanns hatte das ZK unter Vorsitz Schnellers die Beschlüsse einstimmig gebilligt.

In diese Auseinandersetzung griff Stalin ein. Da er in der Sowjetunion im Fraktionskampf gegen Bucharin und die „rechten“ Kommunisten stand, wollte er seinen Anhänger Thälmann in Deutschland um jeden Preis halten. Mit Hilfe des Exekutivkomitees der Komintern ließ Stalin Thälmann wieder einsetzen. Jetzt wurde gegen die Rechten und Versöhner zu Felde gezogen.

Die II. Reichsparteikonferenz am 3. und 4. November 1928 leitete den neuen ultralinken Kurs der KPD ein. Von den 225 Delegierten waren nur 19 Versöhner und 14 Rechte. Über die Aufgaben der Partei sprach der von Stalin

rehabilitierte Thälmann, um dessen Person als „Führer“ der Partei von nun an ein verstärkter Kult getrieben wurde. Hermann Remmele und Heinz Neumann²³⁾, die mit Thälmann zusammen bis 1932 die Partei leiteten, hielten ebenfalls Referate.

Der XII. Parteitag der KPD

Ende 1928 wurden die Führer der Rechten unter Brandler aus der KPD ausgeschlossen. Sie bildeten die Kommunistische Partei-Opposition (KPO)²⁴⁾ und bekämpften den ultralinken Kurs der KPD. Die Ereignisse des 1. Mai 1929 in Berlin, bei denen es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei gekommen war, verschärfte die Haltung der KPD. Die Militärorganisation der Partei, der Rote Frontkämpfer-Bund (RFB), wurde sofort danach verboten. Der XII. Parteitag der KPD, der letzte in der Weimarer Republik, fand kurze Zeit nach dem blutigen Maiereignis in einer gespannten Atmosphäre statt. Dieser Parteitag bot bereits ein Bild der „monolithischen“ Schau-Parteitage stalinistischer Prägung. Die Parteiführer Thälmann und Remmele wurden mit „Heil Moskau“-Rufen empfangen. Thälmann, der über die politische Lage referierte, wurde besonders umjubelt. Die Parteiführung verbreitete die Behauptung, ein Krieg der „Imperialisten“ gegen das „Vaterland der Werktätigen“, die Sowjetunion, stehe direkt vor der Tür, und es gelte daher, die „direkte Unterstützung der Roten Armee“ vorzubereiten.

Im Rahmen der Linkswendung wurden die Sozialdemokraten zu „Sozialfaschisten“ gestempelt und erklärt, sie seien der Hauptfeind, gegen den alle Kraft gerichtet werden müßte. Vor allem würden die linken Sozialdemokraten als besonders gefährlich bezeichnet und als Wegbereiter des Faschismus angegriffen. Auch die ausgeschlossenen Kommunisten wurden wütend als Renegaten beschimpft, die Versöhnler aus der Parteiführung verdrängt.

Die Versöhnler, die unter den 217 stimmberechtigten Delegierten kaum Anhang hatten, konnten mit ihren mäßigenden Thesen nicht durchdringen. Der Parteitag hielt es für selbstverständlich, daß mit der Wirtschaftskrise eine neue Etappe begonnen habe und daß nun vor der KPD die Aufgabe und Möglichkeit stand, die Revolution durchzuführen und die Macht zu übernehmen.

Aus den Thesen und Referaten des Parteitags ging deutlich hervor, daß die KPD eine Gewerkschaftsspaltung vorbereitete. Der XII.

Parteitag machte klar, daß die KPD endgültig eine stalinistische Partei geworden war, die nur noch eine Kopie, ein Anhängsel der Kommunistischen Partei der Sowjetunion war.

Die III. Reichsparteikonferenz der KPD

Die Weltwirtschaftskrise und die Millionen Arbeitslosen in Deutschland radikalisierten die Arbeiterschaft und stärkten die KPD. Die Anhängerschaft und Mitglieder der KPD nahmen nach dem XII. Parteitag erheblich zu. Doch weit mehr als die KPD wuchs die NSDAP. Die stalinistische Führung der KPD griff vor 1933 trotz der heraufziehenden Gefahr des Nationalsozialismus die SPD als „Hauptfeind“ an. Nach Weisung der Komintern entwickelte die KPD eine „Theorie“, nach der es zwischen Demokratie und Faschismus, zwischen NSDAP und SPD keinen prinzipiellen Unterschied gebe, weshalb „zuerst“ die SPD und die Demokratie bekämpft werden müßten. Die Brüning- und die Papen-Regierung wurden als bereits „faschistisch“ bezeichnet und die SPD von der KPD als „sozialfaschistisch“ bekämpft. Im November 1931 schrieb der Komintern-Führer Knorin die für die damalige Politik typischen Worte: „Man kann gegen den Faschismus nur kämpfen, indem man einen Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie führt.“

In diesem Sinne propagierte die KPD die Bildung eigener Gewerkschaften, der RGO²⁵⁾, und fand sich 1931 sogar bereit, zusammen mit den Nationalsozialisten einen Volksentscheid gegen die Preußen-Regierung durchzuführen. Auch die Auseinandersetzungen und die Ausschaltung der linken Merker-Gruppe²⁶⁾ im März 1930 führte zu keiner grundlegenden Änderung der KPD-Politik.

In der zweiten Oktoberhälfte 1932 trat die III. Reichsparteikonferenz der KPD zusammen, über die nur skizzenhaft berichtet wurde.

Thälmann war der einzige Referent. Die 233 Delegierten verabschiedeten eine längere Resolution, die noch einmal die ultralinke KPD-Linie rechtfertigte, zugleich aber gegen Heinz Neumann und seine Gruppe gerichtet war. Man warf Neumann einerseits eine „Unterschätzung des Faschismus“ vor, andererseits wurde aber behauptet, er hätte eine „Abschwächung des prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie“ beabsichtigt. Als schwerster Vorwurf wurde ihm Fraktionskampf gegen Thälmann vorgehalten. Neumann und seine Anhänger wurden aus der Parteiführung entfernt.

Der XIII. Parteitag der KPD („Brüsseler Parteikonferenz“)

Obwohl die KPD nach dem Reichstagsbrand verboten und die Organisation unter Hitler zerschlagen wurde, behauptete die KPD-Führung längere Zeit, daß ihre politische Linie richtig gewesen war. Ja, sie ging soweit, noch im Mai 1933 in alter Weise die SPD als „soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur“ zu bezeichnen. Nur ungern gestand die KPD-Führung die erlittene Niederlage ein und noch zögernder wurde eine politische Wendung vorbereitet.

Nach der Verhaftung Thälmanns am 3. März 1933 hatte in der Partei eine Auseinandersetzung um die Nachfolge eingesetzt, bei der sich Ulbricht gegen seine Rivalen Schubert und Schehr²⁷⁾ durchsetzen konnte. Als nach dem VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau die „Brüsseler Parteikonferenz“ (später als XIII. Parteitag bezeichnet) der KPD zusammentraf und eine neue Linie festlegte, war Ulbricht bereits der entscheidende Führer der KPD.

Auf der Konferenz waren etwa 35 Delegierte als Vertreter der illegalen KPD und der Emigration anwesend. Entsprechend den Weisungen des VII. Weltkongresses der Komintern beschloß die „Brüsseler Konferenz“ eine neue politische Linie. Die frühere ultralinke Politik wurde verworfen und eine Politik der „Einheitsfront“ und „Volksfront“ proklamiert. In einer Resolution legte die Parteikonferenz fest: „Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der IV. Parteikonferenz stellen der Partei als zentrale Aufgabe die Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen. Durch die Organisierung und Führung des Kampfes in den Betrieben, in den Massenorganisationen, in den Wohnvierteln, im Dorfe, durch die Schaffung der Aktionseinheit aller Werktätigen wird der Sturz der Hitlerdiktatur in Deutschland herbeigeführt werden.“

Der XIV. Parteitag der KPD („Berliner Parteikonferenz“)

Die illegale Parteiorganisation der KPD wurde von der Gestapo schrittweise zerschlagen, die aktiven Funktionäre wurden verhaftet und viele ermordet. In der Emigration festigte sich jedoch die Macht des Apparats weiter. Die emigrierten Funktionäre waren — meist illegal lebend — materiell von der Führung völlig abhängig und bei den geringsten An-

zeichen von Opposition wurden sie isoliert oder gar der Gestapo in die Hände gespielt. Noch schlimmer erging es den Kommunisten, die sich in sowjetischer Emigration befanden und in die Säuberung von 1936—1938 gerieten. Eine Reihe führender Funktionäre (siehe: VIII. In der SU ermordete deutsche Kommunisten) und eine große Zahl weniger bekannter Kommunisten fielen der Stalinschen Säuberung zum Opfer. Während viele Kommunisten in Deutschland trotz aller Gefahren den Kampf gegen Hitler standhaft fortsetzten, formierte sich der Apparat in der Emigration so, daß seine Mitglieder den letzten Rest eines politischen Rückgrats verloren und jede Wendung der politischen Linie kritiklos mitmachten.

Am 30. Januar und 1. Februar 1939 tagte in der Nähe von Paris die sogenannte „Berliner“ Parteikonferenz, die später als XIV. Parteitag bezeichnet wurde. 25 Delegierte nahmen eine Resolution an, in der sie die Schaffung einer „Volksfront“ zur vordringlichen Aufgabe erklärten. Nun wurde nicht mehr die Diktatur des Proletariats, sondern die „neue demokratische Republik“ als Ziel der KPD ausgegeben. Ebenso erachtete die Konferenz den Zusammenschluß von KPD und SPD zu einer „Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse“ für vordringlich. Den Parteimitgliedern wurde auferlegt, „im Geiste von Marx — Engels — Lenin — Stalin“ zu arbeiten und „Wachsamkeit“ gegenüber „Trotzkisten und alle anderen Parteifeinden“ zu üben.

Der XV. Parteitag der KPD

Nach dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes im August 1939 machte die KPD auch diese Schwenkung mit und „begrüßte“ den Pakt. Ulbricht ging im Februar 1940 soweit, in der Stockholmer Komintern-Zeitung „Welt“ zu schreiben: „Nicht nur die Kommunisten, sondern auch viele sozialdemokratische Arbeiter und nationalsozialistische Werktätige sehen ihre Aufgabe darin, unter keinen Umständen einen Bruch des Paktes zuzulassen. Wer gegen die Freundschaft des deutschen und des Sowjetvolkes intrigiert, ist ein Feind des deutschen Volkes und wird als Helfershelfer des englischen Imperialismus gebrandmarkt“.

Als Hitler 1939 die Sowjetunion angriff, änderte die KPD wiederum ihre Taktik. Sie war bereit, im Interesse der Verteidigung der Sowjetunion mit allen Hitlergegnern zusammenzuarbeiten; und das von der KPD inspirierte Nationalkomitee „Freies Deutschland“ drapierte sich sogar mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot.

In Deutschland selbst gab es gegen Ende des Krieges eine Reihe größerer Widerstandsgruppen (Saefkow-Gruppe, Schumann-Gruppe usw.). Diese Widerstandsorganisationen arbeiteten unabhängig von der KPD-Leitung in Moskau. Sie wurden noch vor Kriegsende von der Gestapo aufgedeckt und zerschlagen.

Nach dem Kriege konnte die KPD durch Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht als erste Partei wieder legal auftreten. Im programmatischen Aufruf vom 11. Juni 1945 versprach das ZK der KPD: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre... Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“.

Bald zeigte sich, daß diese Thesen nur der Verschleierung der wirklichen KPD-Politik dienten. Die KPD übernahm — als verlängerter Arm der sowjetischen Besatzungsmacht — alle wichtigen Funktionen in Mitteldeutschland. Nachdem die KPD-Führung anfangs eine „Einheitspartei“ der Arbeiter abgelehnt hatte, änderte sie ihre Taktik nach den Wahlniederlagen der Kommunisten in Österreich und Ungarn. Jetzt versuchte sie, die SPD-Mitgliedschaft in die KPD zu überführen. Durch Ausnutzung des Wunsches nach einer „einheitlichen Arbeiterpartei“ und durch massiven Druck erreichte die KPD-Leitung ihr Ziel.

Am 19. und 20. April 1946 tagte der XV. Parteitag der KPD, auf dem Ulbricht das Hauptreferat hielt. Die 519 Delegierten (darunter 130 aus Westdeutschland) diskutierten — am Vortag des „Vereinigungsparteitages“ — vor allem die Fragen des „Zusammenschlusses“ mit der SPD. Die kommunistische Parteiorganisation erhielt noch einmal ihre Weisungen für die Arbeit in der SED.

Der I. Parteitag der SED

Am 21. und 22. April 1946 trat der „Vereinigungsparteitag“ von KPD (507 Delegierte) und SPD (548 Delegierte) zusammen. Der Parteitag sollte demonstrieren, daß die SPD der Vereinigung „freiwillig“ zugestimmt hatte und daß die SED also keineswegs nur eine Fortsetzung der KPD bedeute. Ulbricht sagte in seinem Schlußwort: „Es geht heute nicht nur um eine einfache Vereinigung von Sozial-

demokraten und Kommunisten, es geht heute um die Neugeburt der deutschen Arbeiterbewegung.“

Die Delegierten nahmen ein Statut und ein „Manifest an das deutsche Volk“ an und stimmten den „Grundsätzen und Zielen“ der SED zu, in denen es u. a. hieß: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt... Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes“.

Der Parteitag wählte einen Parteivorstand der SED aus 80 Personen (darunter 20 Westdeutsche) und eine aus 50 Personen bestehende Programmkommission. Diese sollte dem II. Parteitag ein Programm vorlegen.

Das ist nicht geschehen, erst der VI. Parteitag wird sich mit einem — von einer ganz anderen Kommission ausgearbeiteten — Programm befassen.

Der II. Parteitag der SED

Im September 1947 tagte der II. Parteitag der SED, auf dem 1 111 Delegierte (darunter 271 westdeutsche) anwesend waren. Von diesem Parteitag wurde der „Kampf um die Einheit Deutschlands“ zur Hauptaufgabe der SED und die Sozialistische Einheitspartei als führende politische Kraft in Deutschland bezeichnet. Der Parteitag nahm ein Manifest an das deutsche Volk, eine Resolution zur Frauen- und Jugendfrage, sowie eine Entschöpfung zur politischen Lage an. Darin wurde von der SED ein „Volksentscheid für die Gestaltung Deutschlands zu einem demokratischen Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung“ gefordert. In der Entschöpfung hieß es auch: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands bekennt sich zum Marxismus als der wissenschaftlichen Grundlage der Arbeiterbewegung und dem sicheren Kompaß auf dem Wege zur demokratischen Neugestaltung und zur Einheit Deutschlands, auf dem Wege zum Sozialismus. Die vom Vereinigungsparteitag beschlossenen ‚Grundsätze und Ziele‘ gelten bis zur Schaffung eines Parteiprogramms weiter.“

Die I. Parteikonferenz der SED

Die SED ließ die demokratische Verschleierung ihrer Politik nach und nach fallen und zeigte sich immer deutlicher als Anhängsel der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

unter Stalin. Nach dem Bruch zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien wurde die Stalinisierung Mitteldeutschlands stärker forciert. Auch beim innerparteilichen Regime der SED wurde das Vorbild der KPdSU mehr und mehr nachgeahmt.

Die I. Parteikonferenz, die im Januar 1949 zusammentrat, sollte diesen Anpassungsprozeß beschleunigen. Die 384 Delegierten nahmen nach Referaten von Pieck, Ulbricht und Grotewohl eine Resolution über „die nächsten Aufgaben der SED“ an. Aus dieser EntschlieÙung ging hervor, daß die SED zu einer „Partei neuen Typus“ nach dem Muster der stalinistischen KPdSU umgeformt werden sollte. Es hieß u. a.: „Die SED steht heute vor der großen historischen Aufgabe, den demokratischen Neuaufbau in der Ostzone zu festigen und von dieser Basis aus den Kampf für die demokratische Einheit Deutschlands, für den Frieden und für die fortschrittliche Entwicklung zu verstärken. Die Partei kann diese Aufgabe nur erfüllen, wenn sie unermüdlich weiter daran arbeitet, die SED zu einer Partei neuen Typus, zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei zu entwickeln. Vorwärts unter dem unbesiegbaren Banner von Marx, Lenin und Stalin!“

Der III. Parteitag der SED

Im Juli 1950 tagte der III. Parteitag der SED. Vor den 2 201 Delegierten hielt Ulbricht das Hauptreferat über den „Fünfjahrplan und die Perspektiven der deutschen Friedenswirtschaft“. Der Parteitag billigte den Fünfjahrplan 1951—1955. Die Erfüllung des Planes sollte die Produktion des Jahres 1936 verdoppeln.

Der Parteitag nahm ein neues Parteistatut an, das die Stalinisierung vertiefte. Die „Grundsätze und Ziele“ wurden für überholt erklärt und erneut ein Parteiprogramm angekündigt. In einer EntschlieÙung wurde gefordert, die Entwicklung der Partei zu einer „Partei neuen Typus“ zu forcieren. Die „Scheidung der Welt in das Lager der friedliebenden demokratischen Kräfte einerseits und das Lager der imperialistischen kriegslüsternen Kräfte andererseits“ verpflichtete die SED im „Friedenslager“ unter „Führung der Sowjetunion“ zu kämpfen. Der Parteitag sprach sich für die Oder-NeiÙe-Linie als deutsche Grenze aus und nannte diese Linie die „Friedensgrenze“. Der „Kampf gegen Spione und Agenten“, vor allem der „Tito-Clique“, des Ostbüros der SPD und der Trotzkisten sollte verstärkt werden. Die Partei

wurde aufgefordert, „die revolutionäre Wachsamkeit in ihren Reihen in jeder Weise zu erhöhen und die bürgerlich-nationalistischen Elemente und alle sonstigen Feinde der Arbeiterklasse und Agenten des Imperialismus, unter welcher Flagge sie auch segeln mögen, zu entlarven und auszumerzen“.

Die II. Parteikonferenz der SED

Die SED unter Ulbricht kopierte genau das stalinistische System der sowjetischen Apparatdiktatur. Den Höhepunkt der Stalinisierung brachte die II. Parteikonferenz der SED, die den „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ verkündet. Auf der im Juli 1952 durchgeführten Konferenz waren 1 565 Delegierte anwesend. Das Hauptreferat „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED“ hielt Walter Ulbricht. Unter dem „langanhaltenden Beifall“ der Delegierten sagte Ulbricht: „In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.“

Ulbricht ließ damals einen Schauprozeß gegen führende SED-Funktionäre vorbereiten, dabei wies er auf die Parallelen zu anderen Ostblockstaaten hin. Er sprach vom „abgrundtiefen Verrat der Tito-Clique“, von der „verbrecherischen Tätigkeit der Slansky-Gruppe in der Tschechoslowakei, der Gomulka-Gruppe in Polen“. Den Personenkult um Stalin propagierte Ulbricht in kaum noch zu überbietender Weise. In seinem Schlußwort rief er aus: „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!“

In einem „Beschluß“ der Parteikonferenz wurde der „Sturz der Bonner Regierung“ als Voraussetzung der deutschen Einheit bezeichnet.

Der IV. Parteitag der SED

Am 17. Juni 1953 gab die Bevölkerung Ulbricht und der SED die Quittung für ihre Politik. Der Aufstand zeigte aller Welt, auf wie schwachen FüÙen die Diktatur stand, die sich „Arbeiter- und Bauern-Macht“ nannte. Von der sowjetischen Besatzungsmacht noch einmal gerettet, versuchte die SED mit dem „Neuen Kurs“ die Stalinisierung etwas zu mildern. In der Partei begann gleichzeitig (nachdem schon 1950 Paul Merker aus dem Politbüro entfernt und andere

Funktionäre abgesetzt worden waren) eine neue Säuberung der Führungsspitze: Zaisser, Herrstadt, Ackermann, Jendretzky, Elli Schmidt und später auch Franz Dahlem wurden aus der Führung verdrängt.

Auf dem IV. Parteitag, der vom 30. März bis zum 6. April 1954 tagte, waren 1 779 Delegierte anwesend. Hauptreferent war wiederum Ulbricht. Über Veränderungen am Statut der SED sprach Karl Schirdewan. Ulbricht sagte in seinem Referat, die SED sei „nunmehr zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus übergegangen“. Er kündete eine „große Umgestaltung der Landwirtschaft“ an und rief aus: „Es lebe die feste Verbundenheit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und ihrem Zentralkomitee mit den Genossen Malenkow, Molotow und Chruschtschow an der Spitze!“

In der Präambel des vom Parteitag beschlossenen neuen Parteistatuts hieß es, die SED sei „die Partei der deutschen Arbeiterklasse, ihr bewußter und organisierter Vortrupp“. Weiter wurde erklärt, die SED verkörpere in sich die „besten revolutionären Traditionen der mehr als hundertjährigen Geschichte der deutschen Arbeiterklasse . . . und die Erfahrungen des Kampfes des Spartakusbundes und der KPD unter Führung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns“.

Die III. Parteikonferenz der SED

Nachdem Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 Stalin angegriffen hatte, sah sich auch die SED gezwungen, der „Entstalinisierung“ gewisse — wenn auch nur formale — Zugeständnisse zu machen. Die III. Parteikonferenz, die vom 24. bis 30. März 1956 stattfand, beriet in der Hauptsache über den 2. Fünfjahrplan; die Entstalinisierung versuchte Ulbricht möglichst zu umgehen. Er behauptete, die „Deutsche Demokratische Republik ist zu einer Bastion des Friedens in Deutschland geworden“. Nach Ulbrichts Ausführungen erwartete man vom zweiten Fünfjahrplan (1956—1960) eine „neue industrielle Umwälzung“, zugleich sollte er „den ununterbrochenen technischen Fortschritt gewährleisten mit dem Ziel, das Weltniveau zu erreichen“. Als Programm verkündete Ulbricht: „Die Deutsche Demokratische Republik bereitet mit ihrem zweiten Fünfjahrplan die Voraussetzung für das künftige einige Deutschland, in dem das arbeitende Volk bestimmen wird.“ Nach diesen Ankündigungen nahm die

Parteikonferenz die „Direktive für den zweiten Fünfjahrplan“ und außerdem einen „Beschuß“ über „Maßnahmen zur breiteren Entfaltung der Demokratie“ an.

Der V. Parteitag der SED

Nach der ungarischen Revolution und dem „polnischen Oktober“ war die Ulbricht-Führung der SED bestrebt, mit allen Mitteln ihre stalinistische Position zu halten. Es gelang Ulbricht, wichtige Opponenten gegen seine Politik wie Schirdewan, Wollweber, Oelßner u. a. aus der Führung zu entfernen. Der V. Parteitag, der vom 10. bis 16. Juli 1958 zusammentrat, sah daher unter den 1 648 Delegierten wiederum keinerlei Opposition gegen Ulbricht. Wie auf den vorhergegangenen Kongressen hielt Ulbricht das Hauptreferat. Er erklärte, daß der V. Parteitag die „ökonomische Hauptaufgabe für den nächsten Abschnitt unseres Weges“ zu beraten habe. Die ökonomische Hauptaufgabe war nach Ulbricht: „Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands erreicht und übertrifft“.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde von Ulbricht angekündigt, da sie die „Ausdehnung der sozialistischen Produktion und die Änderung der gesamten Lebensverhältnisse im Dorf“ bedeute. Der Parteitag nahm einen „Beschuß über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender Staat“ an und legte fest, daß der VI. Parteitag ein Programm der SED beschließen sollte.

Inzwischen sind viereinhalb Jahre vergangen. Ulbricht hat nicht — wie üblich — zwischen den Parteitagen eine Parteikonferenz einberufen. Der Parteitag findet außerdem nicht den Statuten entsprechend nach vier Jahren, sondern erst nach viereinhalb Jahren statt. Zwischen dem V. und VI. Parteitag liegt eine Periode der Bankrotterklärung der SED. Die Kollektivierung der Landwirtschaft führte zu einer Ernährungskrise, die stalinistische Politik der SED zu einem verstärkten Flüchtlingsstrom. Von einem wirtschaftlichen „Einholen“

Westdeutschlands war nichts zu bemerken. Die Bevölkerung, die seit 1945 keine Möglichkeit mehr hatte, ihren politischen Willen in Wahlen auszudrücken, stimmte „mit den Füßen ab“ — um einen Ausspruch Lenins zu gebrauchen —, so daß der Flüchtlingsstrom

nach Westdeutschland immer stärker wurde. Durch den Bau der Berliner Mauer gestand Ulbricht die eigene Unfähigkeit und den stalinistischen Charakter der SED vor aller Welt ein. Unter diesen Vorzeichen tagt der VI. Parteitag der SED in Ost-Berlin.

IV. Stimmenanteil der KPD bei den Reichstagswahlen und Reichspräsidentenwahlen in der Weimarer Republik

Wahl	Stimmen in Tausend	Anteil in %	Abgeordnete
6. Juni 1920	589	2,1 %	2
4. Mai 1924	3 693	12,6 %	62
7. Dezember 1924	2 709	9,0 %	45
26. April 1925	1 931	6,3 %	Reichspräsidentenwahl 2. Wahlgang
20. Mai 1928	3 263	10,6 %	54
14. September 1930	4 590	13,1 %	77
10. April 1932	3 700	10,2 %	Reichspräsidentenwahl 2. Wahlgang
31. Juli 1932	5 370	14,3 %	89
6. November 1932	5 980	16,9 %	100
5. März 1933	4 848	12,3 %	81

V. Der Mitgliederbestand der KPD und SED

	Mitgl.		Mitgl.
1919 (II. Parteitag, Oktober 1919) =	106 656	1930 (Stand: Dezember 1930) =	176 000
1920 (III. Parteitag, Februar 1920) =	45 000	1932 (Stand: Dezember 1932) =	300 000
1920 (V. Parteitag, Nov. 1920) =	78 715	1946 (XV. Parteitag KPD, April 1946) =	619 256
1921 (VII. Parteitag, August 1921) =	359 613	1946 (I. Parteitag SED, April 1946) =	1 298 415
1923 (VIII. Parteitag — Stand: September 1922) =	218 555	1947 (II. Parteitag, Stand Mai 1947) =	1 786 138
1924 (IX. Parteitag, April 1924) =	294 230	1950 (III. Parteitag, Juli 1950) =	1 750 000
1926 (Stand: Oktober 1926) =	133 849	1954 (IV. Parteitag, März 1954) =	1 413 313
1929 (XII. Parteitag, Juni 1929) =	105 744	1958 (V. Parteitag, Juli 1958) =	1 472 932
		1963 (VI. Parteitag, Januar, 1963) =	1 610 679

VI. Die kommunistische Tagespresse in Deutschland

In der Weimarer Republik versuchte die KPD ihre politischen Vorstellungen durch eine Reihe von Tageszeitungen zu verbreiten. Die Auflage der Zeitungen war jedoch niedrig und entsprach nicht den Wahlergebnissen.

Das Zentralorgan der KPD war die in Berlin erscheinende, 1918 gegründete Tageszeitung „DIE ROTE FAHNE“.

1920 besaß die KPD außerdem noch folgende Tageszeitungen:

Freiheit, Duisburg; Der Kämpfer, Chemnitz; Freiheit, Hanau; Rote Fahne, Mannheim; Neue Zeitung, München; Der Kommunist, Stuttgart.

Im Jahre 1927 war die Anzahl der kommunistischen Tageszeitungen viel größer. Außer dem Zentralorgan „Die Rote Fahne“ in Berlin erschienen folgende 35 kommunistische Tageszeitungen:

Aachener Arbeiterzeitung; Rote Tribüne Barmen; Bremer Arbeiterzeitung; Schlesische Ar-

beiterzeitung, Breslau; Arbeiterzeitung für Hessen-Waldeck, Kassel; Der Kämpfer, Chemnitz; Westfälischer Kämpfer, Dortmund; Arbeiterstimme, Dresden; Niederrheinische Arbeiterzeitung, Duisburg; Freiheit, Düsseldorf; Rotes Echo, Erfurt; Ruhr-Echo, Essen; Arbeiter-Zeitung, Frankfurt (Main); Ost-Thüringer Arbeiter-Zeitung, Gera; Oberschlesische Rote Fahne, Hindenburg; Thüringer Volksblatt, Gotha; Rote Tribüne, Hagen; Klassenkampf, Halle; Hamburger Volks-Zeitung; Niedersächsische Arbeiter-Zeitung, Hannover; Neue Zeitung, Jena; Sozialistische Republik, Köln; Echo des Ostens, Königsberg; Sächsische Arbeiter-Zeitung, Leipzig; Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen; Tribüne, Magdeburg; Arbeiter-Zeitung, Mannheim; Neue Zeitung, München; Bergische Volksstimme, Remscheid; Arbeiter-Zeitung, Rostock; Arbeiter-Zeitung, Saarbrücken; Ber-

gische Arbeiterstimme, Solingen; Volkswacht, Stettin; Süddeutsche Arbeiterzeitung, Stuttgart; Volkswille, Suhl.

In jedem Bezirk der Sowjetzone erscheint eine SED-Tageszeitung.

Das „Organ des Zentralkomitees der SED“ ist die in Ost-Berlin erscheinende Tageszeitung „Neues Deutschland“. Die 15 Bezirkszeitungen sind:

Volksstimme, Chemnitz (Karl-Marx-Stadt); Lausitzer Rundschau, Cottbus; Sächsische Zeitung, Dresden; Das Volk, Erfurt; Neuer Tag, Frankfurt/Oder; Volkswacht, Gera; Freiheit, Halle; Leipziger Volkszeitung; Volksstimme, Magdeburg; Freie Erde, Neubrandenburg; Märkische Volksstimme, Potsdam; Ostsee-Zeitung, Rostock; Schweriner Volkszeitung; Das Freie Wort, Suhl; Freie Presse, Zwickau.

VII. Mitglieder der Spitzengremien der KPD-SED

Den zentralen Führungen der Kommunistischen Partei Deutschlands bzw. der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die auf den Parteitag gewählt wurden (1919—1924: Zentrale; 1925—1939: Zentralkomitee; 1946 bis 1947 Parteivorstand; 1950—1958: Zentralkomitee) gehörten folgende Personen an:

I. Parteitag 1918: Hermann Duncker, Käthe Duncker, Hugo Eberlein, Paul Frölich, Paul Lange, Leo Jogiches, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, August Thalheimer.

II. Parteitag 1919: Hugo Eberlein, Paul Frölich, Paul Levi, Ernst Meyer, August Thalheimer, Jacob Walcher, Clara Zetkin.

III. Parteitag 1920: Heinrich Brandler, Hugo Eberlein, Paul Frölich, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, August Thalheimer, Clara Zetkin.

IV. Parteitag 1920: Heinrich Brandler, Hugo Eberlein, Paul Levi, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, August Thalheimer, Clara Zetkin.

V. Parteitag 1920: Heinrich Brandler, Hugo Eberlein, Paul Levi, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, August Thalheimer, Clara Zetkin.

VI. Parteitag 1920: Paul Levi (Vors.), Ernst Däumig (Vors.), Sekretäre: Heinrich Brandler, Otto Braß, Wilhelm Koenen, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Walter Stoecker, Clara Zetkin. Beisitzer: Otto Gaebel, Kurt Geyer, Fritz Heckert, Adolf Hoffmann, August Thalheimer.

VII. Parteitag 1921: Paul Böttcher, Bertha Braunthal, Hugo Eberlein, Ernst Friesland, Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Ernst Meyer,

Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Felix Schmidt, August Thalheimer, Rosi Wolfstein, Clara Zetkin.

VIII. Parteitag 1923: Carl Becker, Paul Böttcher, Heinrich Brandler, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, Paul Frölich, Fritz Heckert, Edwin Hoernle, August Klein, Wilhelm Koenen, Rudolf Lindau, Hans Pfeiffer, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Felix Schmidt, Georg Schumann, Walter Stoecker, August Thalheimer, Walter Ulbricht, Jacob Walcher, Clara Zetkin.

Dazu kamen ab 17. Mai 1923: Ruth Fischer, Ottomar Geschke, Arthur König, Ernst Thälmann.

IX. Parteitag 1924: Hugo Eberlein, Ruth Fischer, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Iwan Katz, Arthur König, Arkadij Maslow, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Arthur Rosenberg, Ernst Schneller, Werner Scholem, Max Schütz, Ernst Thälmann.

X. Parteitag 1925: Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Ruth Fischer, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Arthur König, Arkadij Maslow, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Paul Schlecht, Ernst Schneller, Werner Scholem, Wilhelm Schwan, Max Schütz, Ernst Thälmann, Hugo Urbahns.

XI. Parteitag 1927: (von den insgesamt 53 Mitgliedern und Kandidaten konnten ermittelt werden:) Albert Bassüner, Paul Bertz, Philipp Dengel, Paul Dietrich, Hugo Eberlein, Gerhart Eisler, Arthur Ewert, Karl Fischer, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Heinrich Galm, Ottomar

Geschke, Arthur Gohlke, Josef Gutsche, Erich Hausen, Fritz Heckert, Wilhelm Koenen, Otto Kühne, Paul Merker, Ernst Meyer, Willi Münzenberg, Heinz Neumann, Alfred Noll, Lene Overlach, Wilhelm Pieck, Siegfried Rädcl, Hermann Remmele, Rudolf Renner, Joseph Schlaffer, Ernst Schneller, Fritz Schulte, Walter Stoecker, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht, Jean Winterich, Clara Zetkin.

Dazu ab 1928: Franz Dahlem.

XII. Parteitag 1929: (von den insgesamt 39 Mitgliedern konnten ermittelt werden:) August Creutzburg, Franz Dahlem, Philipp Dengel, Karl Fischer, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Ernst Grube, Fritz Heckert, Wilhelm Hein, Hans Kippenberger, Albert Kuntz, Willy Leow, Paul Merker, Willi Münzenberg, Heinz Neumann, Michael Niederkirchner, Max Opitz, Lene Overlach, Wilhelm Pieck, Siegfried Rädcl, Hermann Remmele, Rudolf Renner, John Schehr, Joseph Schlaffer, Hermann Schubert, Fritz Schulte, Walter Stoecker, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht, Jean Winterich.

„Brüsseler“ Konferenz 1935: Anton Ackermann, Paul Bertz, Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Kurt Funk, Irene Gärtner, Walter Hähnel, Fritz Heckert, Wilhelm Knöchel, Paul Merker, Karl Mewis, Willi Münzenberg, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht.

„Berner“ Konferenz 1939: Anton Ackermann, Paul Bertz, Franz Dahlem, Philipp Dengel, Gerhart Eisler, Wilhelm Florin, Kurt Funk, Irene Gärtner, Wilhelm Knöchel, Paul Merker, Karl Mewis, Wilhelm Pieck, Siegfried Rädcl, Ernst Reinhardt, Walter Ulbricht, Heinrich Wiotrek.

„Vereinigungsparteitag“ 1946: Anton Ackermann, Martha Arendsee, Edith Baumann, Joh. R. Becher, Walter Biering, Willi Boepple, Bruno Böttge, Erich Braun, Hans Brede, Willi Buch, Albert Buchmann, Otto Buchwitz, Kurt Bürger, Franz Dahlem, Friedrich Ebert, Werner Eggerath, Max Fank, Max Fechner, Walter Fisch, August Friedel, Erich W. Gniffke, Bernhard Göring, Otto Grotewohl, Gustav Gundelach, Karl Hauser, Ernst Heilmann, Gertrud Hentsch, Ernst Hoffmann, Heinrich Hoffmann, Erich Honecker, Hans Jendretzky, Willy Jesse, Fritz Jungmann, August Karsten, Käthe Kern, Heinz Keßler, Bernard Könen, Wilhelm Koenen, Olga Körner, Helmut Lehmann, Karl Litke, Ernst Lohagen, Georg Lotz, Erich Lübbecke, Hans Mahle, Hermann Matern, Albert Meier, Otto Meier, Hanna Melzer, Paul Merker, Karl Moltmann, Gustav Müller, Kurt Müller, Fritz Nickolay, Hugo Paul, Hermann Prü-

benau, Wilhelm Pieck, Max Reimann, Maria Rentmeister, Paul Roch, Robert Rompe, Emma Sachse, Willi Sägebrect, Yella Schaar, Hermann Schlimme, Elli Schmidt, Waldemar Schmidt, Heinrich Schramm, Fritz Sperling, Paul Szillat, Gottlieb Teichert, Stanislaw Trabalski, Walter Ulbricht, Fritz Wagner, Paul Wandel, Hans Warnke, Oskar Wegener, Toni Wohlgemuth, Hermann Zilles.

II. Parteitag der SED 1947: Anton Ackermann, Gerda Bauer, Edith Baumann, Walter Beling, Walter Biering, Paul Bismark, Bruno Böttge, Otto Buchwitz, Kurt Bürger, Franz Dahlem, Emmy Damerius, Adolf Deter, Friedrich Ebert, Max Fechner, August Friedel, Erich W. Gniffke, Bernhard Göring, Erich Guth, Robert Hensel, Ernst Hoffmann, Friedel Hoffmann, Heinrich Hoffmann, Erich Honecker, Hans Jendretzky, Fritz Jungmann, Hildegard Kaiser, August Karsten, Käthe Kern, Heinz Keßler, Bernard Koenen, Wilhelm Koenen, Olga Körner, Erich Kops, Helmut Lehmann, Karl Litke, Ernst Lohagen, Hermann Matern, Otto Meier, Paul Merker, Karl Moltmann, Fred Oelßner, Hermann Prübenau, Maria Rentmeister, Robert Rompe, Emma Sachse, Willi Sägebrect, Max Seydewitz, Hermann Schlimme, Elli Schmidt, Karl Schmidt, Paul Szillat, Walter Ulbricht, Fritz Wagner, Paul Wandel, Hans Warnke, Max Weber, Richard Weimann, Otto Winzer und die Parteivorsitzenden: Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck.

III. Parteitag der SED 1950: Anton Ackermann, Hermann Axen, Gerda Bauer, Edith Baumann, Johannes R. Becher, Herta Bergmann, Werner Bruschke, Otto Buchwitz, Kurt Bürger, Franz Dahlem, Friedrich Ebert, Max Fechner, Margot Feist, Lena Fischer, Otto Grotewohl, Rudolf Herrstadt, Erich Honecker, Ernst Hoffmann, Gerda Holzmacher, Hans Jendretzky, Käthe Kern, Heinz Keßler, Bernard Koenen, Wilhelm Koenen, Hans Lauter, Helmut Lehmann, Bruno Leuschner, Friedrich Leutwein, Ernst Lohagen, Hermann Matern, Erich Mielke, Karl Moltmann, Erich Mückenberger, Fred Oelßner, Wilhelm Pieck, Alois Pisnik, Heinrich Rau, Willi Sägebrect, Hermann Schlimme, Elli Schmidt, Otto Schön, Karl Steinhoff, Willy Stoph, Walter Ulbricht, Paul Verner, Kurt Vieweg, Paul Wandel, Hans Warnke, Herbert Warnke, Otto Winzer, Wilhelm Zaißer.

IV. Parteitag der SED 1954: Robert Alt, Hermann Axen, Kurt Barthel, Edith Baumann, Hugo Baumgart, Johannes R. Becher, Hilde Benjamin, Albert Blaßies, Fritz Bönisch, Edith Brandt, Willi Bredel, Richard Brust, Walter

Buchheim, Otto Buchwitz, Friedrich Ebert, Friedrich Engelmann, Luise Ermisch, Kurt Eydam, Wolfgang Fabian, Margot Feist, Walter Fischer, Eduard Götzl, Ernst Großmann, Otto Grotewohl, Bernhard Grünert, Kurt Hager, Adolf Hennecke, Hans-Joachim Hartwig, Heinz Hoffmann, Gerda Holzmacher, Erich Honecker, Johannes Jentsch, Walter Kästner, Käthe Kern, Heinz Keßler, Hans Kiefert, Walter Knoll, Bernard Koenen, Wilhelm Koenen, Erwin Kramer, Karl Krüger, Willy Kuhn, Helmut Lehmann, Otto Lehmann, Bruno Leuschner, Kurt Liebknecht, Karl Maron, Hermann Matern, Frido Meinhardt, Karl Mewis, Erich Mielke, Karl Moltmann, Erich Mückenberger, Robert Naumann, Werner Neugebauer, Alfred Neumann, Fred Oelßner, Wilhelm Pieck, Alois Pisnik, Heinrich Rau, Hans Rodenberg, Willy Sägebrecht, Kurt Seibt, Fritz Seifert, Fritz Selbmann, Karl Schirdewan, Hermann Schlimme, Otto Schön, Christian Schröder, Walter Schröder, Erich Schuppe, Wolfgang Steinitz, Willy Stoph, Ilse Thiele, Walter Ulbricht, Paul Verner, Paul Wandel, Hans Warnke, Fritz Weber, Friedrich Wehmer, Alfred Wende, Joseph Wenig, Karl Wienecke, Otto Winzer, Erich Wirth, Margarete Wittkowski, Ernst Wollweber, Kurt Zierold, Gerhart Ziller.

V. Parteitag der SED 1958: Alexander Abusch, Margot Feist-Altenkirch, Hermann Axen, Kurt Barthel, Bruno Baum, Edith Baumann, Hugo Baumgart, Johannes R. Becher, Hilde Benjamin, Lene Berg, Fritz Bönisch, Edith Brandt, Alois Bräutigam, Willi Bredel, Walter Buch-

heim, Otto Buchwitz, Franz Dahlem, Rudolf Dölling, Friedrich Ebert, Luise Ermisch, Kurt Eydam, Wolfgang Fabian, Peter Florin, Paul Frölich, Gerhard Frost, Eduard Götzl, Ernst Großmann, Otto Grotewohl, Gerhard Grüneberg, Bernhard Grünert, Wilhelm Gsell, Kurt Hager, Georg Handke, Adolf Hennecke, Hans-Joachim Hartwig, Heinz Hoffmann, Gerda Holzmacher, Erich Honecker, Hans Jendretzky, Berthold Kassler, Käthe Kern, Heinz Keßler, Hans Kiefert, Rainer Knolle, Bernard Koenen, Therese Konzack, Gerhard Kosel, Erwin Kramer, Karl Krüger, Alfred Kurella, Emil Lange, Erich Lange, Helmut Lehmann, Otto Lehmann, Robert Lehmann, Bruno Leuschner, Kurt Liebknecht, Karl Maron, Hermann Matern, Frido Meinhardt, Alexander Mette, Karl Mewis, Martin Meyer, Erich Mielke, Karl Moltmann, Erich Mückenberger, Karl Namokel, Robert Naumann, Werner Neugebauer, Alfred Neumann, Eberhard Nimz, Albert Norden, Wilhelm Pieck, Alois Pisnik, Bernhard Quandt, Heinrich Rau, Rudi Reichert, Fritz Reuter, Günter Rienäcker, Hans Rodenberg, Robert Rompe, Willi Sägebrecht, Friedrich Schneikart, Otto Schön, Walter Schröder, Heinz Schubert, Walter Schukert, Kurt Seibt, Max Sens, Max Steffen, Willy Stoph, Hermann Storch, Karl Svihalek, Ilse Thiele, Walter Tiller, Walter Ulbricht, Paul Verner, Hans Warnke, Herbert Warnke, Fritz Weber, Friedrich Wehmer, Herbert Weiz, Alfred Wende, Joseph Wenig, Otto Winzer, Erich Wirth, Ernst Wolf, Hanna Wolf, Adolf Wolter, Kurt Zierold.

VIII. Während der stalinschen Säuberung ermordete führende deutsche Kommunisten

Eine größere Anzahl der führenden deutschen Kommunisten (Mitglieder des Politbüros, des ZK, Reichstagsabgeordnete und andere hauptamtliche Funktionäre) ist in den dreißiger und vierziger Jahre eines gewaltsamen Todes gestorben: sie wurden Opfer des Hitler- und Stalin-Terrors. In Hitlers KZs kamen die Politbüro-Mitglieder Thälmann, Schneller und Schehr ums Leben, ebenso die ZK-Mitglieder Becker, Grube, Kuntz, Rädél, Renner, Schumann, Stoecker und Stenzer. Werner Scholem, Politbüro-Mitglied der Ruth Fischer-Ära, der 1926 aus der KPD ausgeschlossen wurde, ist ebenfalls im KZ-Buchenwald ermordet worden. Doch so erstaunlich es klingt: die Zahl der ermordeten Politbüro- und ZK-Mitglieder, die Opfer der stalinschen Säuberung²⁸⁾ wurden, ist noch größer: 4 Politbüro-Mitglieder und 10

Mitglieder des ZK vernichtete der Stalin-Terror. Stalin übertraf Hitler bei der Liquidierung der KPD-Spitze!

Diese Tatsache bedeutet natürlich keine Verkleinerung des Gestapo-Terrors: Wenn diese kommunistischen Führer in die Hände der Gestapo gefallen wären, hätte man sie auch umgebracht. Aber es charakterisiert die Situation des deutschen Kommunismus in den dreißiger Jahren, daß der Stalin-Terror von seiner Spitzenführung so große Opfer forderte. Und noch etwas ist typisch: Kippenberger, der Leiter des Militär-Apparates der KPD, ist von den Sowjets inzwischen offiziell rehabilitiert worden. Die SED aber schweigt nach wie vor — auch in ihrem jüngsten Geschichtswerk — über diesen und die anderen Opfer Stalins!

Wer waren diese Personen? Viele deutsche Kommunisten wurden zwischen 1936 und 1938 in der Sowjetunion verhaftet. Einige überlebten in den Gefängnissen, etliche von ihnen wurden nun auf ihre alten Tage sogar noch von der SED als „Parteiveteranen“ gefeiert (so z. B. Paul Schwenk, Willi Kerff, Kassner usw.). Ein großer Teil der verfolgten deutschen Kommunisten wurde jedoch sofort liquidiert, viele verschwanden spurlos in den stalinschen Gefängnissen und über ihr Schicksal weiß man auch heute nur sehr wenig.

Hier folgt eine Liste von 30 führenden Funktionären, die — neben hunderten weniger bekannten KPD-Mitgliedern — in der stalinschen Säuberung umkamen:

Beutling, Theodor, am 22. Januar 1898 in Odesa geboren, war von Beruf Metallarbeiter. In der KPD leitete er die Redaktion einiger Parteizeitungen, zuletzt war er Redakteur des Zentralorgans „Die Rote Fahne“. Als Reichstagsabgeordneter vertrat er die KPD 1928 bis 1930. Nach seiner Emigration in die Sowjetunion bekleidete er die Funktion des Leiters der Universität des Westens in Moskau. 1937 verhaftete ihn die NKWD; es ist anzunehmen, daß er erschossen wurde.

Birkenhauer, Erich, geboren am 21. Januar 1903 in Essen, war von Beruf Schriftsetzer. Er und sein Bruder Wilhelm traten noch als Jugendliche der KPD bei. Seit 1925 war Birkenhauer hauptamtlicher Funktionär der KPD. Zunächst Redakteur des kommunistischen „Ruhr-Echo“ in Essen, leitete ab 1926 den Unterbezirk Essen des Kommunistischen Jugendverbandes. 1928 kam er an die kommunistische „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ nach Duisburg und wurde 1928 Agitprop-Leiter des KPD-Bezirks Ruhrgebiet. Nachdem Birkenhauer 1930 wegen seiner KP-Arbeit ein Jahr Festung verbüßt hatte, trat er 1931 die Nachfolge von Albert Norden als Chefredakteur des „Ruhr-Echo“ an. 1932 kam er als Sekretär Thälmanns nach Berlin. Mit Thälmann wurde er verhaftet, aber im Oktober 1933 wieder aus der „Schutzhaft“ entlassen. Er floh ins Ausland und wurde Mitarbeiter des ZK der KPD in Prag. 1937 wurde er nach Moskau gerufen und verhaftet. Als ihm die Hitler-Regierung am 17. 10. 1938 die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannte, war er wahrscheinlich schon tot.

Creutzburg, August am 6. März 1892 in Fischbach (Thüringen) geboren, erlernte das Malerhandwerk und reiste bis 1912 durch Deutschland. Seit 1908 in der SPD organisiert, war er

von 1912 bis 1918 Soldat, ab 1919 hauptamtlicher Funktionär der kommunistischen Bewegung. Von 1924 bis 1933 vertrat er die KPD im Reichstag. Er arbeitete in verschiedenen KPD-Bezirken als Sekretär, z. B. 1925 in Hamburg und 1928 als „Kommissar“ des ZK in der Pfalz. Im August 1928 wurde Creutzburg Org.-Leiter des Ruhrgebiets und Ende 1930 Leiter der Org.-Abteilung des Zentralkomitees. Mitglied des ZK war er von 1929 bis 1933. Nach Holland emigrierte er 1933, wo er bis zu seiner Verhaftung durch die holländische Polizei 1935 als Parteivertreter tätig war. Nach seiner Freilassung ging er in die Sowjetunion. Dort wurde er 1937 verhaftet. Creutzburg soll sich in der Auslieferungszelle der NKWD befunden haben, von der aus die Gefangenen der Gestapo ausgeliefert wurden. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt. In einem von der SED publizierten Geschichtsband wird Creutzburg genannt. Über sein Ende heißt es da ganz lapidar „in der Emigration verstorben“.

David, Fritz, (I. I. Krugljanski) 1897 geboren, entstammte einer jüdischen Familie aus der Wilnaer Gegend. 1929 wurde er von der Komintern zur Arbeit nach Deutschland entsandt. Er war Mitglied der Zentrale der RGO und der Verfasser des Buches „Der Bankrott des Reformismus“. Bis 1933 arbeitete er als Gewerkschaftsredakteur der „Roten Fahne“. David galt in Berlin als einer der Theoretiker der KPD. Am 3. März 1933 wurde er zur Arbeit in der deutschen Sektion der Komintern nach Moskau beordert. David entwarf wesentliche Teile der Resolution der „Brüsseler“ Parteikonferenz von 1935, nachdem er schon vorher an dem VII. Weltkongreß der Komintern aktiv teilgenommen hatte. 1936 wurde er verhaftet und als angeblicher Trotzki im Schauprozeß gegen Sinowjew, Kamenew u. a. angeklagt. Angeblich wollte er auf Geheiß Trotzki Stalin ermorden. David wurde am 24. August 1936 verurteilt und hingerichtet, nachdem er das übliche „Geständnis“ abgelegt hatte.

Dietrich, Paul, am 6. November 1889 in Großwarzula (Thüringen) geboren, hatte Philosophie studiert und war Schriftsteller. Von 1924 bis 1927 betätigte er sich führend in der Hamburger KP und war Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Im Jahre 1927 wurde er ins ZK der KPD gewählt. Als ZK-Mitglied leitete er nicht nur verschiedene KPD-Bezirke an, er arbeitete auch theoretische Publikationen aus, und galt als „Thälmanns Füllhalter“. 1928 schloß sich Dietrich den Versöhnlern an und wurde für einige Zeit von der Funktionärs-

spitze verdrängt. 1934 gab er im Saargebiet eine Wochenzeitung der KPD heraus. Dietrich wurde in Leningrad verhaftet und liquidiert.

Eberlein, Hugo, am 4. Mai 1887 in Saalfeld geboren, war von Beruf technischer Zeichner. Er schloß sich 1906 der SPD an, auf deren linken Flügel er stand. 1914 trat er der Spartakusgruppe bei und wurde enger Mitarbeiter Rosa Luxemburgs. Der Gründungsparteitag der KPD wählte Eberlein in die Zentrale. Er gehörte auch allen Zentralen bzw. ZKs bis 1928 an. Eberlein vertrat die KPD als einziger deutscher Delegierter auf dem Gründungskongreß der Komintern (unter dem Pseudonym Max Albert). In der Zentrale der KPD leitete er jahrelang die Geschäftsabteilung und war auch im Militärapparat führend tätig. Von 1921 bis 1933 war er auch Abgeordneter im preußischen Landtag. 1928 gehörte er zu der Führung der „Versöhnler“, weswegen man ihn aus der Parteileitung entfernte, aber er arbeitete für die KPD weiter. 1933 ging er in die französische Emigration, wo er 1935 in Straßburg verhaftet wurde. Nach seiner Freilassung berief ihn die Partei in die Sowjetunion. Dort nahm ihn die NKWD 1937 fest. Eberlein sollte an die Gestapo ausgeliefert werden, verstarb jedoch 1940 im Gefängnis.

Emel, Alexander, (M. I. Lurje), 1897 in Minsk geboren. Sein Vater war ein armer jüdischer Schankwirt. Nach dem ersten Weltkrieg kam Emel nach Berlin, wo er an der Universität den Doktorgrad erwarb. Emel gehörte einige Zeit der Sinowjew-Opposition an, kapitulierte aber vor Stalin und wurde 1926 Professor an der Sun Yat-sen-Universität in Moskau. 1927 kehrte er nach Deutschland zurück, um bis 1933 in der Agitprop-Abteilung des ZK der KPD eine leitende Position einzunehmen. Obwohl er politisch mit der kommunistischen Opposition gebrochen hatte, traf er sich noch mit früheren Oppositionellen, so auch vor seiner Abreise nach Moskau am 4. März 1933 noch mit Ruth Fischer. Nachdem Emel anfangs noch an der Moskauer Universität lehren durfte, verhaftete ihn die NKWD 1936. Die Tatsache, daß er sich am 4. März 1933 mit Ruth Fischer getroffen hatte, wurde mit der Lüge verknüpft, er habe von ihr den Auftrag erhalten, Stalin zu ermorden. Emel „gestand“ im Schauprozeß gegen Sinowjew diese absurde Beschuldigung und wurde am 24. August 1936 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Flieg, Leo, am 5. November 1883 in Berlin geboren, war von Beruf Bankbeamter. Er schloß sich 1908 der sozialistischen Bewegung an und war zusammen mit Münzenberg einer der Begründer und Sekretäre der kommunistischen Jugendinternationale. 1922 schied er aus und wurde Sekretär der Zentrale der KPD. Bis 1932 galt Flieg als Sekretär des Politbüros, außerdem war er seit 1927 Mitglied des ZK — als „graue Eminenz“ der KPD. Von 1925 bis 1933 war Flieg auch Mitglied des preußischen Landtags. 1928 wählte ihn der VI. Weltkongreß der Komintern in die Kontrollkommission der Kommunistischen Internationale. Flieg war eng mit Münzenberg und Heinz Neumann befreundet. Nachdem Neumann 1932 aus dem Politbüro ausgeschlossen wurde, verlor auch Flieg seine wichtige Position. Doch hatte er weiterhin wesentliche Funktionen inne, z. B. war er einer der Sekretäre, die von Paris aus 1935 die illegale KPD-Arbeit in Deutschland leiteten. 1937 wurde er nach Moskau berufen. Wie so viele wurde auch Flieg verhaftet und verschwand spurlos im Strudel der Säuberungen.

Halle, Felix, Rechtswissenschaftler, war der Justizexperte der KPD in der Weimarer Republik. Seit 1920 trat er in den Prozessen der KPD als Verteidiger auf und war Leiter der Rechtsabteilung des ZK der KPD. Er verfaßte mehrere Schriften, z. B. „Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht?“. 1933 emigrierte er mit seiner Frau, der Schriftstellerin Fanni Halle, nach der Sowjetunion, wo beide während den Säuberungen verhaftet wurden.

Hirsch, Werner, 1901 geboren, kam aus einer wohlhabenden Familie. Seine Mutter entstammte der Familie von Bismarck und verkehrte in den Berliner Gesellschaftskreisen. Hirsch arbeitete schon während der Revolution für Leo Jogiches und den KP-Apparat. Nach Levis Ausschluß aus der KPD verließ Hirsch die Partei und wurde Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“. Nach seinem Wiedereintritt in die kommunistische Bewegung leitete Hirsch bis zum Jahre 1926 als Chefredakteur die Wiener „Rote Fahne“. 1926 übersiedelte er nach Chemnitz, wo er als Chefredakteur der KP-Zeitung „Kämpfer“ tätig wurde. 1927 kam er nach Berlin, er wurde Redakteur und später Chefredakteur der „Roten Fahne“. Hirsch gehörte seit 1929 dem ZK an und war ein enger Mitarbeiter Thälmanns. Mit Thälmann zusammen wurde er im März 1933 verhaftet. Die KP-Presse berichtete von den Mißhandlungen,

denen er ausgesetzt war. In einem 1934 in Moskau erschienenen Buch „Aus Hitlers Konzentrationslagern“ heißt es: „Dort im Gefängnis (Plötzensee) begegnete ich dem Genossen Werner Hirsch. Sein Gesicht war von den Schlägen grün und blau angeschwollen.“

Der Mutter Hirsch's gelang es schließlich, durch Beziehungen ihren Sohn aus dem KZ zu befreien. Er flüchtete nach Moskau und wurde groß gefeiert. Doch 1937 wurde er verhaftet und erschossen.

Hölz, Max, wurde am 14. Oktober 1889 in Moritz bei Riesa geboren, sein Vater war Holzarbeiter. Bevor Hölz mit 16 Jahren nach England auswanderte, arbeitete er als Tagelöhner. In England besuchte er eine Technische Hochschule und wurde Techniker. Um seine Militärpflicht abzudienen, kam er nach Deutschland zurück, heiratete und blieb im Vogtland. Bei Kriegsausbruch 1914 meldete er sich freiwillig und kam als Meldereiter ins Feld. Nach schweren Verwundungen und Erlebnissen an der Front wurde er 1918 wegen eines Nervenleidens entlassen. Nach der Revolution schloß er sich der KPD an und wurde Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses in Falkenstein. Hölz forderte von den Fabrikanten Geldabgaben, die unter den Erwerbslosen verteilt wurden. Durch solche „Schinderhannes“-Methoden war er im armen Vogtland bald populär und konnte 1919 mit einer „Privatarmee“ in Falkenstein einen bewaffneten Putsch inszenieren. Er wurde deswegen aus der KPD ausgeschlossen.

Hölz flüchtete in die Tschechoslowakei, aber bei der Märzaktion 1921 war er wieder mit einer „Roten Armee“ zur Stelle. Damals gehörte er der KAP an und war bereits weit und breit als kommunistischer Aufrührer bekannt. 1922 wurde er verhaftet und nach widersprechenden Zeugenaussagen wegen Mordes an einem Gutsbesitzer zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis 1928 blieb er im Gefängnis. Die KPD organisierte damals eine „Volksbewegung zur Befreiung von Max Hölz“. 1928 amnestiert, wurde er in Berlin von der KPD stürmisch gefeiert. Er übersiedelte in die Sowjetunion und wurde ins EKKI aufgenommen. Doch bald opponierte er gegen die Zustände in der Sowjetunion, die seinen Vorstellungen nicht entsprachen. Noch vor der Ära der Schauprozesse, am 15. September 1933, beseitigte die GPU den Opponenten: Max Hölz ertrank angeblich bei einer Bootsfahrt auf einem Nebenfluß der Wolga.

Kippenberger, Hans, am 15. Januar 1898 in Leipzig geboren, war von Beruf Bankangestellter. Er nahm als Offizier am Ersten Weltkrieg teil und wurde mehrmals verwundet. Nach dem Krieg studierte er in Hamburg, wo er auch als Auslandskorrespondent für die englische, französische, italienische und spanische Sprache tätig war. Er arbeitete für die KPD und war aktiv am Hamburger Aufstand beteiligt. Kippenberger übernahm während des Aufstands die gesamte militärische Leitung; seiner Taktik war es zu verdanken, daß sich die Kommunisten ohne größere Verluste zurückziehen konnten. Daraufhin wurde er von der Komintern mit dem Aufbau des Militärapparates der KPD beauftragt. Von 1928 bis 1933 gehörte er für die KPD dem Reichstag an. Seit 1929 war Kippenberger auch Mitglied des ZK der KPD. Nach dem Verbot der Partei 1933 wurde Kippenbergers „Apparat“, der schon in der Weimarer Republik illegal gewirkt hatte, zur stärksten Stütze der KPD.

Auf der „Brüsseler“ Parteikonferenz unterlag Kippenberger den Intrigen Ulbrichts. Im November 1936 wurde er in Moskau verhaftet und durch ein sowjetisches Kriegsgericht im Oktober 1937 in einem Geheimprozeß verurteilt. 1958 rehabilitierten ihn sowjetische Stellen.

Koska, Willi, am 9. Januar 1902 in Berlin geboren, erlernte das Dreherhandwerk und trat 1916 in die Gewerkschaft und 1921 in die KPD ein. Er wurde Bezirksverordneter in Berlin und kletterte die Funktionsstufenleiter hinauf, bis er es 1931 zum Generalsekretär der kommunistischen Massenorganisation „Rote Hilfe Deutschlands“ gebracht hatte. Ein Jahr später zog er in den Reichstag ein. Auch er wurde in der sowjetischen Emigration — im Jahre 1938 — verhaftet.

Leow, Will, am 25. Januar 1887 in Brandenburg geboren, lernte Tischler. Von 1904 bis 1916 gehörte er der SPD, dann der USP an. Bei Gründung der KPD ging er zu dieser über. In den zwanziger Jahren war er zunächst Parteisekretär in Berlin-Nordwest, dann Pförtner des „Liebknecht-Hauses“, dem Sitz der KPD-Führung. Nach der Gründung des Roten Frontkämpferbundes wählte der 2. Reichstag des Bundes im Mai 1925 Leow zum 2. Vorsitzenden (Vorsitzender war Thälmann). Als Thälmann Parteivorsitzender wurde, stieg Leow zum faktischen Leiter der RFB auf. Von 1928 bis 1933 gehörte Leow dem Reichstag an und von 1929 bis 1933 war er Mitglied des ZK der KPD.

Leow wurde in der Sowjetunion — nach einigen Berichten schon 1934, nach anderen 1936 — verhaftet und verurteilt.

Ludewig, Johanna, am 28. März 1891 in Berlin geboren, besuchte die Handelsschule und wurde Buchhalterin. Sie trat der USP und 1920 der KPD bei, die sie in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung vertrat. Von 1921 bis 1933 war sie Mitglied des preußischen Landtages. Während der stalinschen Säuberung wurde sie in Moskau verhaftet.

Margies, Rudolf, 1884 in Parchim geboren, war Hilfsarbeiter. Nach dem Kriege lebte er in Bochum, wo er sich der kommunistischen Bewegung anschloß. Nachdem er 1923 einen Polizeibeamten niedergeschossen hatte, wurde er festgenommen. Später gehörte er zu den Angeklagten des „Tscheka-Prozeß“ 1925 in Leipzig und wurde als Angehöriger der „deutschen Tscheka“ verurteilt. Die KPD forderte immer wieder seine Freilassung und feierte ihn als einen ihrer Vorkämpfer. Der XII. Parteitag der KPD 1929 wählte Margies ins „Ehrenpräsidium“. Im Oktober 1930 wurde Margies aus dem Zuchthaus entlassen. Er wurde in der „Roten Hilfe“ und anderen Organisationen als hauptamtlicher Funktionär eingesetzt. 1933 in die Sowjetunion emigriert, wurde er während der Säuberung verhaftet.

Münzenberg, Willi, geboren am 14. August 1889 in Erfurt, war Schuhfabrikarbeiter. Von 1914 bis 1921 leitete er als Sekretär die Sozialistische, später die Kommunistische Jugendinternationale. 1921 wurde er Generalsekretär der kommunistischen Weltorganisation „Internationale Arbeiterhilfe“. Bis 1933 leitete er den großen kommunistischen Propaganda-Apparat in Berlin, den „Münzenberg-Konzern“. Münzenbergs Verlage brachten eine große Zahl von Veröffentlichungen, Zeitungen, Zeitschriften heraus, die nicht auf den ersten Blick als kommunistische Publikationen zu erkennen waren. Münzenberg gehörte von 1924 bis 1933 dem Reichstag und seit 1927 dem ZK der KPD an. Nach 1933 führte er seine Arbeit von Paris aus weiter. Münzenberg war einer der Initiatoren der „Volksfront“. Er geriet aber in immer stärkeren Gegensatz zur KPD-Führung und zur Komintern; im Oktober 1937 wurde er aus der KPD ausgeschlossen. In den Wirren des französischen Zusammenbruchs 1940 wurde Münzenberg — mit größter Wahrscheinlichkeit von stalinistischen Agenten — ermordet.

Neumann, Heinz, am 6. Juli 1902 in Berlin geboren, bekam als 17jähriger Philosophiestudent erstmals Kontakt mit dem Kommunismus. 1920 trat er der KPD bei. 1922 begleitete Neumann eine Parteidelegation nach Rußland, dabei stellte sich heraus, daß er als einziger Russisch konnte, das er rasch gelernt hatte. Diese Kenntnis der russischen Sprache, die den meisten deutschen Kommunisten fehlte, half ihm neben seinen großen intellektuellen Gaben und seiner politischen Wandlungsfähigkeit bei seinem Aufstieg in der KPD. Neumann war zunächst Anhänger der linken Opposition unter Ruth Fischer. Zusammen mit Eisler, Ewert u. a. trennte er sich im April 1923 von den Linken. Er gehörte dem Zersetzungs-Apparat der KPD an und war Leiter der KPD in Mecklenburg. 1925 stieg er zum Vertreter der KPD in der Komintern auf. Nachdem er 1927 beim „Kantoner Aufstand“ mitgewirkt hatte, kam er in die KPD zurück, wo er nach der „Wittorf-Affäre“ eine entscheidende Rolle zu spielen begann. Als Mitglied des Politbüros gehörte er bis 1932 zu der Dreierführung Thälmann-Remmele-Neumann. Er galt als Stalins Vertrauensmann und Sprachrohr in Deutschland. Doch im Frühjahr 1932 wurde Neumann seiner Funktionen enthoben und nach Moskau berufen, da er in Gegensatz zu Stalin geraten war. Im Herbst 1932 wurde er auch offiziell verdammt und die „Neumann-Gruppe“ als parteifeindlich verfeimt. Ende 1934 verhaftete die Schweizer Polizei Neumann, der in der Züricher Emigration lebte. Die Gefahr einer Ausweisung nach Hitler-Deutschland wurde gebannt, doch konnte Neumann nur nach der Sowjetunion auswandern. Dort wurde er am 27. April 1937 verhaftet. Er ist — wie die anderen Kommunisten, von denen hier berichtet wird — spurlos verschwunden. Seine Frau, Margarete Buber-Neumann, hat in mehreren Büchern und Aufsätzen über sein und ihr Schicksal geschrieben.

Podubezki, Rudolf, gehörte schon früh der sozialistischen Bewegung an. Er war an der Errichtung der kommunistischen Räterepublik 1919 in München beteiligt und deswegen jahrelang auf der Festung Niederschönefeld inhaftiert. (Auch ein anderer Beteiligter der bayerischen Räterepublik und Gefangener in Niederschönefeld, Hermann Taubenberger, wurde 1936 mit seiner Frau Else in Moskau verhaftet und verschwand.) Podubezki war unter dem Namen Riedel später Mitglied der Bezirksleitung Hessen der KPD und Redakteur am Frankfurter KP-Organ „Arbeiter-Zei-

tung". Während der stalinschen Säuberung wurde er in Moskau verhaftet und zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt; er befand sich im Lager Norilsk. Seine Tochter Irene, Studentin der Moskauer West-Universität, erhielt 8 Jahre Zwangsarbeit.

Rebe, Alfred, gehörte seit 1930 verschiedenen KP-Redaktionen an. Zuletzt war er in der politischen Redaktion des Zentralorgans „Rote Fahne“ angestellt. 1938 wurde er in Grusinien verhaftet.

Remmele, Hermann, am 15. November 1880 in Ziegelhausen bei Heidelberg geboren, erlernte den Beruf eines Eisendreher. Er schloß sich früh der SPD an. Schon 1910 gehörte er in Mannheim zum linken Flügel der SPD. 1917 trat er zur USP über, für die er 1920 in den Reichstag einzog. Mit der linken USP kam er im Dezember 1920 zur KPD, deren Zentrale bzw. ZKs er bis 1933 ebenso angehörte wie dem Reichstag. Von Sinowjew wurden Remmele und Thälmann 1924 „das Gold der Arbeiterklasse“ genannt. Remmele gehörte 1924 zur Mittelgruppe, schloß sich dann aber den Linken an und zählte nach dem „Offenen Brief“ der Komintern 1925 zur Thälmann-Führung. 1925 wurde er Chefredakteur der „Roten Fahne“ und Mitglied des Politbüros. Nach der „Wittorf-Affäre“ gehörte er zur Dreierführung Thälmann-Remmele-Neumann. Seit 1931 war er auch Vorsitzender des „Kampfbund gegen den Faschismus“. Remmele wurde 1932 zusammen mit der „Neumann-Gruppe“ verwarnt, behielt aber seine Funktionen bis 1933 bei. 1933 emigrierte er in die Sowjetunion, wo er 1937 verhaftet wurde.

Sauerland, Kurt, entstammte einer reichen bürgerlichen Familie und kam als Student zum Kommunismus. 1928—1933 leitete er als Chefredakteur das Organ der „Internationalen Arbeiterhilfe“, die Zeitschrift „Der rote Aufbau“. Ab Oktober 1931 gehörte er zum Reichsvorstand der „Internationalen Arbeiterhilfe“. Sauerland griff als stalinistischer Theoretiker in die Diskussion gegen den „Luxemburgismus“ ein. In seinem Buch „Der dialektische Materialismus“, das 1932 erschien, verteidigte er die Thesen Stalins und griff die deutschen Linken der Vorkriegssozialdemokratie, Luxemburg, Liebknecht und Mehring, scharf an. Trotz dieser Linientreue gegenüber Stalin wurde er Ende 1932 als Angehöriger der „Neumann-Gruppe“ verwarnt. Während der Säuberung in Moskau wurde auch Sauerland verhaftet.

Schenck, Karl, geboren am 21. April 1881 in Hageloch-Tübingen, war Arbeiter. Er gehörte im Krieg zur USP, kämpfte 1920 zunächst gegen den Anschluß an die KPD, trat dann aber doch über. Seit 1921 war er Mitglied des Württembergischen Landtags, dem er bis 1933 angehörte. Schenck wurde 1923 verhaftet und im September 1924 vom Reichsgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Als er 1926 aus dem Gefängnis kam, wurde er wieder KPD-Sekretär. 1928 bis Januar 1932 war er Org.-Leiter im Bezirk Württemberg und wurde dann zusammen mit dem damaligen Pol.-Leiter Schläffer abgesetzt. In der sowjetischen Emigration ist Schenk zwar nicht in die Säuberung geraten, aber nach Kriegsausbruch nach Sibirien verbannt worden, wo er 1943 in der Kälte bei der Beschaffung von Bauholz umkam und so ein indirektes Opfer wurde.

Schubert, Hermann, am 21. Januar 1896 in Lengfeld/Erzgebirge geboren, war Arbeiter. Er gehörte 1924 dem Reichstag und von 1925 bis 1933 dem preußischen Landtag an. Ab 1923 war er hauptamtlicher KPD-Funktionär, als solcher in verschiedenen Bezirken tätig (Ruhrgebiet, Ostpreußen, Hamburg). Von 1929 bis 1933 war er auch Mitglied des Politbüros. Schubert war ein guter Freund Thälmanns und in den Auseinandersetzungen um die Nachfolge Thälmanns (neben Schehr und Ulbricht) einer der Anwärter für den KPD-Vorsitz. Unter dem Namen Richter spielte er in der Emigrationsleitung bis 1935 noch eine Rolle, wurde dann aber abgesetzt und 1937 in der Sowjetunion verhaftet.

Schulte, Fritz, geboren am 28. Juli 1890, war Fabrikarbeiter. 1918 trat er in die USP, 1920 in die KPD ein. 1923 leitete er die KPD in Wiesdorf-Leverkusen. 1924 kam er in die Bezirksleitung Niederrhein, deren Pol.-Leiter er später wurde. Schulte gehörte 1928 bis 1930 dem preußischen Landtag und von 1930 bis 1933 dem Reichstag an. Seit 1927 Kandidat des ZK, kam 1929 als Mitglied ins ZK und Politbüro und wurde 1932 Reichsleiter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. In der Emigration wandte er sich zusammen mit Schubert gegen die Volksfrontpolitik und wurde 1935 abgesetzt. 1937 verhaftete ihn die NKWD.

Staudinger, Hans, (Konon Berman-Jurin), 1901 geboren, entstammte denselben Kreisen wie Fritz David und Alexander Emel. Auch er arbeitete im Auftrag der Komintern in Deutsch-

land. Seit Ende der zwanziger Jahre gehörte er der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg als Agitprop-Leiter an. Im März 1933 emigrierte er in die Sowjetunion. Dort wurde er 1936 verhaftet. Die NKWD beschuldigte ihn, zusammen mit Fritz David im Auftrag Trotzki's einen Anschlag gegen Stalin vorbereitet zu haben. Im Schauprozeß gegen Sinowjew wurde er am 24. August 1936 zum Tode verurteilt und erschossen.

Steffen, Erich, am 11. Mai 1895 in Berlin geboren, war Angestellter. 1924 setzte ihn die KPD als Parteisekretär in Pommern ein. Später wurde er Vorsitzender des kommunistischen „Reichsausschuß der Erwerbslosen“ in Berlin. Ab 1929 gehörte Steffen dem Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition an. In der Moskauer Emigration leitete er den „Ernst-Thälmann-Club“. Steffen wurde zusammen mit seiner Frau 1936 verhaftet.

Strötzel, Max, geboren am 29. Juli 1886 in Markranstädt, lernte Eisendreher und arbeitete in Hamburg und Leipzig. Seit 1906 war er Mitglied der SPD, im Kriege trat er zur USP und 1920 zur KPD über. 1923 leitete er als Pol.-Leiter die militärischen Aufstandsvorbereitungen in Sachsen. Als Anhänger der linken Fischer-Führung übernahm Strötzel 1924/25

als Pol.-Leiter den Bezirk Westsachsen (Leipzig). Von 1926 bis Ende 1931 war Strötzel Pol.-Leiter des KPD-Bezirks Pommern. Er gehörte von 1924 bis 1932 dem Reichstag an. Nach 1933 emigrierte er in die Sowjetunion, wo er 1937 verhaftet wurde.

Süßkind, Heinrich, 1896 geboren, war Sohn eines Rabbiners, ein hochgebildeter Mann, der sich früh dem Sozialismus zuwandte. 1921/22 leitete er als Chefredakteur die „Rote Fahne“. Im November 1922 wurde er verhaftet und, da er nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, aus Deutschland ausgewiesen. Er kam jedoch als Chefredakteur der „Roten Fahne“ zurück. Nach der „Wittorf-Affäre“ als Versöhnler angegriffen, wurde er nach Köln in die Redaktion der „Sozialistischen Republik“ abgeschoben. 1933 emigrierte Süßkind in die Sowjetunion, dort wurde er 1936 verhaftet und mit der Gruppe um Bela Kun verurteilt.

Wilde, Grete, am 12. Mai 1904 geboren, war von Beruf Stenotypistin. Sie gehörte zunächst zur Leitung des Kommunistischen Jugendverbandes in Berlin, dann zur Berliner Parteileitung. In der sowjetischen Emigration arbeitete sie in der entscheidenden Kaderabteilung, bis sie selbst ein Opfer der Säuberung wurde.

IX. Fünfzig führende deutsche Kommunisten der Weimarer Republik

Das Schicksal der 50 führenden deutschen Kommunisten der Weimarer Republik ist symptomatisch für die Entwicklung der KPD. Von den ehemaligen Spitzenführern starben nur 21 eines normalen, aber 22 eines gewaltsamen Todes. Sie wurden hingerichtet, ermordet oder kamen in Gefängnissen und KZ's ums Leben. Von diesen 22 führenden Funktionären verlor die Hälfte als Opfer der stalinischen Säuberungen das Leben, sieben erlagen dem Hitler-Terror und vier wurden schon in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ermordet.

Von den noch sieben lebenden KPD-Führern wohnen zwei — von der SED als „Parteifein-

de“ verfemt — in Westdeutschland. Einer wurde aus der SED ausgeschlossen und nur vier gehören der SED noch an. Doch in der SED hat nur einer politischen Einfluß: Ulbricht, der von den 50 Führern der KPD in der Weimarer Republik der unbedeutendste war.

Vor nicht allzu langer Zeit wurden von der SED 33 der 50 KPD-Führer als „Agenten“ oder „Parteifeinde“ beschimpft. Selbst heute, nach der „Entstalinisierung“, werden noch 17 als „Parteifeinde“ apostrophiert und über neun weitere wird überhaupt nichts verlautet, ihre Rolle wird totgeschwiegen.

Fünfzig führende Kommunisten der Weimarer Republik

Name	Lebensdaten Berufsausbildung	Funktion	Konflikte mit der Partei	Weiteres Schicksal
Becker, Carl	1894—1942 Schriftsetzer	Mitbegründer der KPD; Zentrale 1923; MdL	1928 „Versöhnler“	1944 in Berlin hingerichtet.
Brandler, Heinrich	geb. 1881 Maurer	Mitbegründer der KPD; Parteiführer 1922/23	„Rechter“, 1928 ausgeschlossen	1929—1933 Führer der KPO. — Emigration.kehrte 1949 nach Westdeutschland zurück.
Creutzburg, August	1892—1939 Tüncher	ZK 1926—1933 MdR	—	In der Sowjetunion verhaftet und umgekommen.
Dahlem, Franz	geb. 1892 Angestellter	ZK seit 1928 MdR	1921 Anhänger der KAG Levis	1933 Emigration 1941—1945 KZ. Führend in der SED, 1952 als Ulbricht-Gegner abgesetzt. 1957 rehabilitiert, ohne politischen Einfluß.
Däumig, Ernst	1866—1922	Vorsitzender der KPD 1920/21 MdR	1921 ausgetreten	KAG, dann wieder USP. 1922 gestorben.
Dengel, Philipp	1888—1948 Akademiker	ZK u. Politbüro seit 1926	—	Emigration Sowjetunion. 1946 schwerkrank in Ostzone zurück- gekehrt
Eberlein, Hugo	1887—1940 Techn. Zeichner	Mitbegründer der KPD; Zentrale seit 1918; ZK u. Polit- büro seit 1925 MdR	1929 als „Ver- söhnler“ aus dem ZK entfernt	In der Sowjetunion verhaftet und umgekommen.
Ewert, Arthur	1890—1959 Sattler	ZK u. Politbüro seit 1926 MdR	1929 als „Ver- söhnler“ aus dem ZK entfernt	Zur „Bewährung“ als Komin- tern-Agent nach Brasilien. Dort 1934 verhaftet, nach Folterun- gen im Gefängnis irrsinnig ge- worden. 1947 nach Mittel- deutschland gebracht, starb im Pflegeheim.
Fischer, Ruth	1895—1961 Akademikerin	Führerin der KPD 1924/25 MdR	„Linke“, 1926 ausgeschlossen	1933 Emigration, Frankreich, USA. Publizistin.
Flieg, Leo	1883—1937(?) Angestellter	„graue Eminenz“ der KPD; Sekretär des Politbüros 1922—32	1932 „linke“ Neumann-Gruppe	In der Sowjetunion verhaftet und umgekommen.
Florin, Wilhelm	1894—1944	Zentrale seit 1924; Politbüro seit 1929 MdR	—	Emigration Sowjetunion. Über- stand Säuberungen und starb 1944.
Frölich, Paul	1884—1953 Angestellter	Mitbegründer der KPD; Zentrale 1919—23 MdR	„Rechter“, 1928 ausgeschlossen	Führer der KPO, später SAP. Emigration Frankreich, USA. 1950 zurück nach Westdeutsch- land.
Geschke, Ottomar	1882—1957 Schlosser	Zentrale seit 1924 MdR	—	Zwölf Jahre in Hitlers KZs, nach 1945 in der Sowjetzone ohne entscheidende Funktionen
Heckert, Fritz	1884—1936 Maurer	Mitbegründer der KPD; Zentrale u. ZK MdR	—	Starb 1936 in sowjetischer Emi- gration.
Hein, Wilhelm	1889—1958 Maschinenformer	ZK u. Politbüro seit 1929 MdR	—	1933 verhaftet, bald entlassen, eröffnete in Berlin ein Restau- rant, angeblich mit Unter- stützung der Gestapo.

Hoernle, Edwin	1883—1952 Akademiker	Mitbegründer der KPD; Zentrale 1921—23 MdR	—	Emigration Sowjetunion. Nach 1945 Agrarspezialist der SED, 1949 politisch kaltgestellt.
Jogiches, Leo	1887—1919 Akademiker	Mitbegründer der KPD; Parteiführer 1919	—	März 1919 im Gefängnis er- mordet.
Katz, Iwan	1889—1956 Akademiker	Zentrale 1924/25 MdR	„Ultralinken“, 1926 ausgeschlossen	Führer ultralinken Gruppen. In der Schweiz gestorben.
Kippenberger, Hans	1898—1936	Leiter M-Apparat; ZK 1927—1933 MdR	—	In der Sowjetunion verhaftet und verurteilt, inzwischen dort — aber nicht von der SED — rehabilitiert.
Kleine, (Guralski) August	1885—1937(?)	Parteiführer Ende 1923 bis Anfang 1924	„Mittelgruppe“	Als Pole 1924 aus Deutschland abberufen, verschwand während der Stalinschen Säuberungen.
Koenen, Wilhelm	geb. 1886 Angestellter	Zentrale seit 1920 MdR	—	1933 Emigration England. Funk- tionär der SED in unwichtigen Positionen.
Korsch, Dr., Karl	1886—1961 Univ.-Professor	Parteitheoretiker MdR	„Ultralinken“, 1926 ausgeschlossen	1933 Emigration. In den USA gestorben.
Leow, Willy	1887—1934(?) Tischler	Leiter des RFB MdR	—	In der Sowjetunion während der Säuberungen verhaftet.
Levi, Dr., Paul	1883—1930 Rechtsanwalt	Parteiführer 1919/1921 MdR	„Rechter“, 1921 ausgeschlossen	Über die USP zur SPD zurück, Führer des linken SPD-Flügels.
Leviné, Dr., Eugen	1883—1919 Akademiker	Führer der komm. Münchener Räterepublik	—	Juni 1919 zum Tode verurteilt und erschossen.
Liebknecht, Dr., Karl	1871—1919 Rechtsanwalt	Begründer und Führer der KPD	—	15. Januar 1919 ermordet.
Luxemburg, Dr., Rosa	1870—1919 Akademikerin	Begründerin und Führerin der KPD	—	15. Januar 1919 ermordet.
Maslow, Arkadij	1893—1941 Akademiker	Parteiführer u. -theoretiker 1924/25	„Linker“, 1926 ausgeschlossen	1933 Emigration. Verstarb in Kuba unter nicht ganz geklär- ten Umständen.
Merker, Paul	geb. 1894 Kellner	ZK seit 1927; Politbüro 1929	1930 als „Linker“ aus ZK u. Polit- büro entfernt	In der Emigration wieder KPD- Führer. Bis 1950 Politbüro der SED; ausgeschlossen, verhaftet, 1957 juristisch, aber nicht poli- tisch, rehabilitiert.
Meyer, Dr., Ernst	1887—1930 Akademiker	Mitbegründer der KPD; Parteiführer 1921/22	1929 als „Ver- söhnler“ aus dem Politbüro entfernt	1930 an Knochentuberkulose ge- storben.
Münzenberg, Willy	1889—1940 Arbeiter	Führer u. Mitbe- gründer der Komm. Jugendinternatio- nale; Leiter IAH MdR	1937 ausgeschlossen	1940 auf der Flucht vor den deutschen Truppen in Frank- reich von Agenten Stalins er- mordet.
Neumann, Heinz	1902—1937(?) Akademiker	ZK seit 1926, bis 1932 einer der drei Parteiführer MdR	1932 wegen „linker“ Abwei- chungen der Funk- tionen enthoben	In der Sowjetunion verhaftet und umgekommen.
Pieck, Wilhelm	1876—1960 Tischler	Zentrale seit Parteigründung		Nachfolger Thälmanns als Par- teivorsitzender. Aushängeschild Ulbrichts. Starb als „Präsident der DDR“.

Remmele, Hermann	1880—1937(?) Eisendreher	Zentrale seit 1920; 1932 mit Neumann 1929—32 einer der drei Parteiführer MdR	In der Sowjetunion verhaftet und ermordet.
Reuter, (Friesland), Ernst	1889—1953 Akademiker	Generalsekretär der KPD 1920	1921 ausgetreten Über die USPD zur SPD zurück. Bekanntgeworden als Regieren- der Bürgermeister von West- Berlin (nach 1948).
Rosenberg, Dr., Arthur	1889—1943 Univ.-Professor	Zentrale 1924/25 MdR	„Ultralinken“, später „Rechter“, 1927 ausgetreten 1933 Emigration, zuletzt Profes- sor in den USA.
Schehr, John	1896—1934 Schlosser	ZK seit 1929; Politbüro 1932 MdR	— 1934 als Führer der KPD ver- haftet, von der Gestapo er- mordet.
Schneller, Ernst	1890—1944 Volksschullehrer	ZK seit 1925 MdR	Nach Wittorf- Affäre 1928 kaltgestellt 1933 verhaftet, im KZ Sachsen- hausen 1944 erschossen.
Scholem, Werner	1895—1940 Akademiker	ZK 1924/25; Org.-Leiter MdR	„Ultralinken“, 1926 ausgeschlossen 1933 verhaftet, 1940 im KZ Bu- chenwald ermordet.
Schubert, Hermann	1886—1937(?) Arbeiter	ZK u. Politbüro 1929 MdR	— In der Sowjetunion verhaftet und umgekommen.
Schulte, Fritz	1890—1937(?) Arbeiter	ZK seit 1927; Politbüro 1929 MdR	— In der Sowjetunion verhaftet und ermordet.
Schumann, Georg	1886—1945 Schlosser	Mitbegründer der KPD; Zentrale 1923 MdR	„Versöhnler“, 1928 kaltgestellt 1933 bis 1939 KZ, nach Entlas- sung Widerstandsgruppe ge- gründet. 1944 erneut verhaftet und 1945 hingerichtet.
Stoecker, Walter	1891—1939 Handlungsgehilfe	Zentrale 1920 MdR	— 1933 verhaftet, 1939 im KZ um- gekommen.
Thälmann, Ernst	1886—1944 Transportarbeiter	Parteiführer seit 1925 MdR	— 1933 verhaftet, 1944 im KZ Buchenwald ermordet.
Thalheimer, August	1886—1948 Akademiker	Mitbegründer der KPD; Zentrale bis 1923; Parteitheoretiker	„Rechter“, 1928 ausgeschlossen Führer der KPO. 1933 Emigra- tion. In Kuba 1948 gestorben.
Torgler, Ernst	geb. 1893 Angestellter	Sekretär der KPD- Reichstagsfraktion	1935 ausgeschlossen Stellte sich nach dem Reichstags- brand der Polizei, im Prozeß freigesprochen. Lebt in West- deutschland
Ulbricht, Walter	geb. 1893 Tischler	Zentrale 1923, 1924 abgewählt; ZK 1927; Politbüro 1932	— Erster Sekretär der SED.
Urbahns, Hugo	1890—1946 Volksschullehrer	ZK 1925 MdR	„Linker“, 1926 ausgeschlossen 1928 bis 1933 Führer des Lenin- Bundes. Emigration Schweden, dort verstorben.
Walcher, Jacob	geb. 1887 Dreher	Mitbegründer der KPD; Zentrale 20/23	„Rechter“, 1928 ausgeschlossen Führer von KPO und SAP. 1945 nach Ostdeutschland zur SED, 1950 ausgeschlossen, 1956 reha- bilitiert, ohne polit. Funktion.
Zetkin, Clara	1857—1933 Lehrerin	Zentrale seit 1919 MdR	als „Rechte“ öfter angefeindet Lebte seit Mitte der zwanziger Jahre in Moskau, wo sie als er- bitterte Gegnerin Stalins starb (1933).

Anmerkungen:

1) Rosa Luxemburg (1870—1919) war die geistige Begründerin des deutschen Kommunismus. Sie floh 1889 aus Polen, da sie wegen revolutionärer Tätigkeit verhaftet werden sollte. Sie studierte in Zürich. Ihre Doktordissertation (1899) behandelte „Die industrielle Entwicklung Polens“. Seit 1893 gehörte sie zum linken Flügel des internationalen Sozialismus. Zunächst hauptsächlich in der polnischen, seit 1898 in der deutschen Sozialdemokratie tätig, war sie einer der marxistischen Wortführer in der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus. Sie nahm aktiv Anteil an der russischen Revolution 1905 und wurde 1906 in Warschau verhaftet. Wieder in Freiheit, versuchte sie die russischen Erfahrungen in der Sozialdemokratie auszuwerten. Dabei trennte sie sich auch vom „marxistischen Zentrum“ um Kautsky und war das geistige Haupt der Linksradikalen in der SPD. Nach Kriegsausbruch bekämpfte sie die Haltung der Parteimehrheit, die den Kriegskrediten zugestimmt hatte, und wurde mit Liebknecht zur Führerin der „Gruppe Internationale“, des späteren Spartakusbundes. 1915 bis 1918 mußte sie im Gefängnis verbringen. Sie nahm von dort aus am politischen Geschehen teil, brandmarkte in der „Junius-Broschüre“ die Haltung der Sozialdemokratie und setzte sich mit der bolschewistischen Revolution in Rußland auseinander. Schon in den früheren Diskussionen um russische Probleme hatte sie in vielen wesentlichen Fragen eine andere Ansicht vertreten als Lenin, sie hatte auch die Leninsche Parteitheorie abgelehnt. Nach der Revolution aus dem Gefängnis entlassen, war sie die geistige Führerin des Spartakusbundes, auch wenn sie die Gründung der KPD für verfrüht hielt (vgl. Anmerkung 3). Auf dem Gründungsparteitag hielt sie das Grundsatzreferat. Obwohl strikte Gegnerin des „Spartakusaufstands“ floh sie nach dessen Niederlage nicht aus Berlin. Sie wurde am 15. Januar verhaftet und von Angehörigen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ermordet.

Ihre aus dem Nachlaß veröffentlichte kritische Schrift „Die russische Revolution“ zeigte, daß sich ihre Vorstellungen in vielen Fragen vom Bolschewismus unterschieden. Ihre „Briefe aus dem Gefängnis“ lassen nicht nur ihre menschliche Größe erkennen, sondern auch ihr humanistisches Anliegen.

Karl Liebknecht (1871 bis 1919) war ein Sohn des sozialdemokratischen Parteiführers Wilhelm Liebknecht. Er studierte Rechtswissenschaft und ließ sich in Berlin als Rechtsanwalt nieder. Bekannt wurde er durch seine antimilitaristische Tätigkeit, die ihm 1906 eineinhalb Jahre Festung eintrug. 1908 wurde er für die Sozialdemokratie in den preußischen Landtag und 1912 in den Reichstag gewählt. Liebknecht stand auf dem äußersten linken Flügel der Sozialdemokratie. Obwohl Gegner der Kreditbewilligung, unterwarf er sich am 4. August 1914 der Parteidisziplin und stimmte für die Kriegskredite. Bei der 2. Abstimmung am 2. Dezember 1914 stimmte Liebknecht — der inzwischen zu den Begründern der Gruppe Internationale gehörte — als einziger Abgeordneter gegen die Kredite. 1916 wurde er deswegen aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschlossen. Er wurde als Armierungssoldat eingezogen. Nach einer Antikriegsdemonstration am 1. Mai 1916 wurde Liebknecht zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 23. Oktober 1918 amnestiert, kehrte er nach Berlin

zurück und wurde einer der Führer des Spartakusbundes. Er lehnte es nach der Revolution ab, in die Regierung einzutreten. Im Januar gehörte er zu einem Ausschuß, der die Regierung Ebert für „abgesetzt“ erklärte und zum Generalstreik aufrief. Die KPD-Leitung, deren Zentrale Liebknecht ebenso wie Rosa Luxemburg angehörte, beschloß jedoch, daß dies Putschismus sei und Liebknecht mußte sich zurückziehen. Durch die bewaffneten Auseinandersetzungen in Berlin kamen die Differenzen nicht an die Öffentlichkeit.

Liebknecht wurde zusammen mit Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 ermordet.

2) Die „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ waren eine Gruppe Linksradikaler Sozialisten, die in Hamburg, Bremen und Sachsen Anhänger hatten. Wie der Spartakusbund hatten diese Linksradikalen gegen die Kriegskreditbewilligung der SPD Stellung genommen. Während der Spartakusbund jedoch der 1917 gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USP) beitrug, waren die Linksradikalen — hierbei von Lenin und Radek beeinflusst — für die sofortige Gründung einer eigenen Partei. Nach der Revolution nahmen die Linksradikalen den Namen „Internationale Kommunisten Deutschlands“ an. Ihre Führer waren Johann Knief und Paul Frölich in Bremen, Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim in Hamburg, sowie Otto Rühle — der als Reichstagsabgeordneter im März 1915 zusammen mit Liebknecht gegen die Kriegskredite gestimmt hatte — in Dresden. Die Internationalen Kommunisten Deutschlands bildeten zusammen mit dem Spartakusbund die KPD.

3) Rosa Luxemburg und Leo Jogiches von der Spartakuszentrale waren zunächst für ein Verbleiben in der USP und gegen die Gründung einer eigenen Partei gewesen. Sie wurden aber überstimmt. Bei der Namensgebung der Partei sprachen sich Luxemburg und Jogiches für den Namen Sozialistische Partei aus, um zu vermeiden, daß man sie mit den Bolschewiki unter Lenin — die seit 1918 Kommunistische Partei hießen — identifizierte. Doch auch hier wurden sie — auf einer Konferenz der Spartakusführung — überstimmt und der Gründungsparteitag gab der Partei den Namen Kommunistische Partei Deutschlands.

4) Paul Levi (1883 bis 1930) studierte Rechtswissenschaft und war seit 1906 Rechtsanwalt in Frankfurt am Main. Er gehörte zu den Linken der Sozialdemokratie und schloß sich 1914 der Spartakusgruppe an. Er wurde in die erste Zentrale der KPD gewählt. Nach der Ermordung von Liebknecht, Luxemburg und Jogiches übernahm Levi die Parteiführung. 1921 schied er wegen Differenzen mit der Komintern aus der Parteizentrale aus. Nach seiner scharfen Kritik der „Märzaktion“ 1921 wurde er aus der KPD ausgeschlossen. Er gründete die Kommunistische Arbeits-Gemeinschaft (KAG), die 1922 zur USP ging, und mit dieser kam er 1922 zur SPD zurück. Bis zu seinem Tode war Levi Reichstagsabgeordneter und galt als Führer der Linken in der Sozialdemokratie.

5) Hugo Eberlein vgl.: VIII. „Während der stalinischen Säuberung ermordete führende deutsche Kommunisten“ (Seite 21).

6) Karl Radek (1883—1939) war zunächst in der polnischen sozialistischen Bewegung tätig. Er gehörte einer sozialistischen Organisation an, die mit der von Jogiches und Rosa Luxemburg geführten Grup-

pe in erbittertem Fraktionskampf stand. Von daher rührte eine lebenslange Feindschaft zwischen Rosa Luxemburg und ihm. Rosa Luxemburg weigerte sich z. B. auf dem Gründungsparteitag der KPD zunächst, Radek zu begrüßen. Vor dem ersten Weltkrieg war Radek in der deutschen Sozialdemokratie tätig, während des Krieges arbeitete er mit Lenin zusammen. Nach der Oktoberrevolution in Rußland wurde er ZK-Mitglied der russischen KP. Radek war ein maßgeblicher Führer der Komintern, der bis 1923 die Politik der KPD entscheidend beeinflusste. 1924 wurde er Anhänger Trotzki's und deswegen seiner Funktionen enthoben. Er trennte sich 1929 von Trotzki, wurde aber trotzdem im Schauprozeß von 1937 als „Trotzkist“ zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Radek soll nach offizieller sowjetischer Darstellung 1939 ums Leben gekommen sein.

7) Leo Jogiches (Tyszka) (1867—1919) war schon früh einer der Führer der „Polnischen Sozialistischen Partei“, später der „Sozialdemokratischen Partei des Königreich Polen“. Er war ein enger Freund und Mitkämpfer Rosa Luxemburgs, der als ausgezeichnete Organisator galt. Jogiches arbeitete auch in der deutschen Sozialistischen Bewegung und war nach der Verhaftung von Liebknecht und Luxemburg 1916—1918 der Organisator der illegalen Spartakusgruppe. Er gehörte der Zentrale der KPD an und leitete nach dem Januar 1919 die KPD, bis er selbst verhaftet und am 10. März 1919 im Gefängnis ermordet wurde.

8) Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim waren die Führer der Hamburger KPD, die 1919 als Ultralinke aus der KPD ausschieden und Mitbegründer der Kommunistischen Arbeiterpartei wurden. Da sie aber nationalistische Thesen vertraten, als „National-Bolschewisten“ bezeichnet wurden, trennte sich auch die KAPD von ihnen und sie versuchten links- und rechtsradikale Kreise unter der theoretischen Losung eines Nationalkommunismus zu sammeln.

Laufenberg (1872—1932) kam vom Zentrum zur SPD und war vor dem Weltkrieg Redakteur an SPD-Zeitungen, seit 1907 hatte er den Auftrag, die Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung zu schreiben. Im Weltkrieg gehörte Laufenberg zu den „Linksradikalen“ in Hamburg; er war in der Revolution ein maßgebender Führer, wechselte aber dann von der KPD zur KAPD. Nach der Trennung von der KAP war er vor allem publizistisch und als Herausgeber nationalbolschewistischer Zeitungen tätig.

Fritz Wolffheim war seit dem Kriege enger Mitarbeiter Laufenberg's. Er trennte sich 1923 von ihm, vertrat aber weiter die Idee des „Nationalbolschewismus“. Während des zweiten Weltkrieges kam Wolffheim ins KZ, wo er verstarb.

9) Die Kommunistische Arbeiter Partei Deutschlands zählte bei ihrer Gründung 38 000 Mitglieder. Die KPD-Bezirke Berlin, Wasserkante und Ostachsen waren fast alle geschlossen zur KAP übergetreten. Während der revolutionären Nachkriegskrise spielte die KAP noch eine Rolle, doch zerfiel sie später (es gab eine „Essener“ und eine „Berliner“ Richtung) und führte bis 1933 nur ein Sekten-Dasein.

10) Willi Münzenberg, vgl.: VIII. „Während der stalinschen Säuberung ermordete führende deutsche Kommunisten“ (Seite 23).

Georg Schumann (1886—1945) war von Beruf Werkzeugschlosser und seit 1905 in der SPD organisiert. Im Krieg Anhänger des Spartakusbundes, gehörte er zu den Mitbegründern der KPD. Er war von 1924 bis 1933 Reichstagsabgeordneter und leitete mehrere Bezirke der KPD. 1923 gehörte er der Parteizentrale an. Ab 1928 hatte er aber in der KPD keine bedeutende Funktion mehr inne, da er als „Versöhnler“ verfeimt war. Von 1933 bis 1939 befand sich Schumann im Zuchthaus und KZ. Nach seiner Entlassung baute er in Leipzig die illegale kommunistische „Schumann-Engert-Gruppe“ auf, die in einigen Fragen nicht mit der offiziellen kommunistischen Parteilinie übereinstimmte. 1944 wurde die Widerstandsgruppe von der Gestapo zerschlagen. Schumann wurde am 11. Januar 1945 hingerichtet.

11) Ernst Meyer (1887—1930) stieß als Student zum Sozialismus. Dr. phil. Meyer war zunächst als Statistiker beschäftigt. Vor dem Weltkrieg arbeitete er als Redakteur am SPD-Zentralorgan „Vorwärts“. Als Internationalist und Freund Rosa Luxemburgs entfernte ihn der SPD-Vorstand 1915 aus der Redaktion, er gehörte seitdem zu den wichtigsten Führern des Spartakusbundes. 1921 bis 1922 leitete Meyer als Vorsitzender des Politbüros die KPD. Dem Zentralkomitee und Politbüro gehörte er bis 1929 an. Als Führer der „Versöhnler“ wurde er dann aus der Führung entfernt. Er starb am 2. Februar 1930 an Knochentuberkulose.

12) Clara Zetkin (1857—1933) war Lehrerin und später die Begründerin und Redakteurin der SPD-Frauen-Zeitschrift „Gleichheit“. Während des Weltkrieges war sie Mitbegründerin des Spartakusbundes und später führend in der KPD tätig. Sie vertrat die Partei von 1920 bis 1933 im Reichstag und war auch lange Jahre Mitglied des ZK. Clara Zetkin gehörte dem rechten Parteiflügel an, sie verbrachte aber die letzten Lebensjahre außerhalb der deutschen Parteikämpfe in Moskau.

13) Die Kommunistische Internationale (Komintern) wurde auf Initiative Lenins auf einem Kongreß (2.—6. März 1919) in Moskau gegründet. Auf dem Gründungskongreß waren nur wenige kommunistische Gruppen vertreten. Die russischen Delegierten waren Lenin, Trotzki, Sinowjew, Bucharin und Tschitscherin. Der deutsche Delegierte, Hugo Eberlein (Pseudonym: Max Albert) trat als einziger gegen die sofortige Gründung der Komintern auf. Die Gründung wurde bei Stimmhaltung Eberleins beschlossen und danach trat die KPD auch der III. Internationale, wie die Komintern auch genannt wurde, bei.

14) G. J. Sinowjew (1883—1936) war seit 1901 Mitglied der russischen Sozialdemokratie und seit der Spaltung (1903) Bolschewik. Seit 1907 Mitglied des ZK, gehörte er zu den wichtigsten Führern des Bolschewismus. Von 1919 bis 1926 war er Vorsitzender der Komintern. 1927 als Gegner Stalins aus der KPdSU ausgeschlossen, stellte er die Opposition ein und wurde ohne Funktion wieder aufgenommen. 1936 stand er als Hauptangeklagter in einem stalinistischen Schauprozeß vor Gericht. Er wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet.

15) Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft wurde auf einer Konferenz im November 1921 gegründet. Der KAG gehörten die beiden ehemaligen KPD-Vorsitzenden Paul Levi und Ernst Däumig, eine

Reihe kommunistischer Reichstagsabgeordneter und Zentrale-Mitglieder sowie diejenigen Kommunisten an, die die Putschtaktik der Märzaktion ablehnten. Die KAG wollte keine eigene Partei sein. Sie verlangte vor allem, die „finanzielle Unabhängigkeit“ der KPD von der Komintern. 1922 vereinigte sich die KAG mit der rechten USP und der größere Teil ihrer Anhänger kam mit der USP zur SPD zurück.

16) Heinrich Brandler (1881 geboren) erlernte den Maurerberuf. Seit 1901 gehörte er der SPD an, auf deren linken Flügel er stand. 1914 wurde er Sekretär des Chemnitzer Bauarbeiterverbandes. 1915, aus der SPD als Internationalist ausgeschlossen, wurde er Mitglied des Spartakusbundes, dessen Zentrale er seit 1919 angehörte. 1922/23 war Brandler Führer der KPD. Er wurde nach der „Oktober-Niederlage“ abgelöst und nach Moskau geschickt, wo er bis 1928 bleiben mußte. Nach seiner Rückkehr 1928 — aus der KPD ausgeschlossen — bildete er die Kommunistische Partei-Opposition, deren Führer er war. 1933 emigrierte er zunächst nach Frankreich, flüchtete anschließend nach Kuba und kehrte 1949 nach Westdeutschland zurück.

17) Ruth Fischer (1895—1961) war eine Tochter des Wiener Universitätsprofessors Rudolf Eisler. Sie studierte in Wien und schloß sich während des Krieges der sozialistischen Bewegung an, zu deren linken Flügel sie gehörte. Ruth Fischer war Mitbegründerin der KP-Osterreichs. 1919 wechselte sie zur KPD nach Berlin. 1921 wurde sie von der linken Berliner KP-Organisation zur Vorsitzenden des Bezirks Berlin-Brandenburg gewählt. Zusammen mit ihrem Freund Maslow übernahm sie 1924 die Führung der KPD. Wegen „ultralinker“ Politik wurde sie im „Offenen Brief“ der Komintern angegriffen, 1925 ihrer Funktion enthoben und am 20. August aus der KPD ausgeschlossen. Sie gehörte zunächst zu den Begründern der „Linken Kommunisten“, aus denen der „Leninbund“ hervorging, zog sich jedoch 1928 wieder von ihnen zurück. 1933 führte sie die Emigration zuerst nach Frankreich, dann in die USA. Sie trat durch eine Reihe Veröffentlichungen über den Kommunismus hervor.

Arkadij Maslow (1894 — 1941) war russischer Abstammung. Er studierte in Dresden Physik und Musik und kam erst nach dem Weltkrieg zur Arbeiterbewegung. Als Vertreter der russischen Kriegsgefangenen gehörte er 1920 dem Zentralschuss der KPD an und war Mitglied der linken Berliner Leitung. Mit der linken Opposition kam er 1924 in die Zentrale, wurde aber schon im Juni 1924 verhaftet. Ein Prozeß vor dem Reichsgericht gegen ihn begann am gleichen Tage, an dem seine Absetzung durch den „Offenen Brief“ der Komintern bekannt wurde. 1928 aus der KPD ausgeschlossen gehörte er zunächst zu den „Linken Kommunisten“, zusammen mit Ruth Fischer verließ er sie wieder. 1933 nach Frankreich emigriert, floh er 1940 nach Kuba. Dort starb er 1941 unter mysteriösen Umständen.

18) EKKI war die gebräuchliche Abkürzung für das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale. Dieser Führungsstab der Komintern in Moskau wurde bis 1926 von Sinowjew, dann bis 1929 von Bucharin geleitet.

19) Ernst Thälmann (1886 — 1944), der in seiner Jugend Kutscher und Hafendarbeiter war, gehörte seit 1903 der SPD an. Nach 1918 schloß er sich der

USP an, zu deren Hamburger Führern er bald zählte. Thälmann kam erst im Dezember 1920, nach der Spaltung der USP, mit deren linkem Flügel zur KPD. Auch in der KPD gehörte er — als einer der Funktionäre des linken Bezirks Wasserkante — zur linken Opposition, die 1924 die Parteiführung übernahm. Der Frankfurter Parteitag wählte auch Thälmann in die Fischer-Maslow-Zentrale. Nach dem „Offenen Brief“ der Komintern wurde Thälmann Parteivorsitzender. Über den „proletarischen Führer“ leitete die Komintern die KPD bis 1933 an. Im März 1933 wurde Thälmann verhaftet. Im Gefängnis verhielt er sich äußerst standhaft, 1944 wurde er im KZ Buchenwald ermordet.

Werner Scholem (1895 — 1940) studierte Geschichte und schloß sich 1912 der Arbeiterbewegung an. Als Redakteur war er für die USP tätig und kam im Dezember 1920 zur KPD. Er gehörte zum linken Flügel der Partei und wurde 1924 in die Zentrale gewählt, wo er die Organisationsleitung übernahm. 1925 kam es zu Differenzen mit der Mehrheit der Zentrale unter Ruth Fischer; Scholem wurde als „Ultralinkler“ angegriffen. Nach dem „Offenen Brief“ der Komintern wurde er aus dem ZK entfernt. Später kam es wieder zu einer Annäherung von Fischer-Maslow und Scholem. 1926 wurde auch er aus der KPD ausgeschlossen, behielt aber als Linker Kommunist sein Reichstagsmandat bis 1928. 1933 verhaftet, wurde Scholem 1940 im KZ Buchenwald ermordet.

20) Arthur Rosenberg (1889 — 1943) war seit 1914 Privatdozent an der Berliner Universität. Er kam 1920 mit der linken USP zur KPD. 1924 in die Zentrale gewählt, gehörte er 1925 zusammen mit Scholem und Katz zu den Wortführern der Ultralinken. Er wandte sich aber von diesen ab und war in kurzer Zeit auf der rechten Seite der Partei gelandet. Am 26. April 1927 trat Rosenberg aus der Partei aus. Er schloß sich später der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an. 1933 emigrierte er und lebte zum Schluß in den USA. Eine Reihe Veröffentlichungen — darunter ein Werk über die Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik und eine Geschichte des Bolschewismus — machten ihn bekannt.

Iwan Katz (1889 — 1956) studierte an der Universität Berlin und war vor dem Weltkrieg in kommunalen Organisationen tätig. Er kam mit der linken USP zur KPD und leitete 1922—23 die Kommunal-Abteilung der Zentrale. 1924 vertrat er die KPD bei der Komintern. Mit Scholem und Rosenberg gehörte Katz zu den Ultralinken. Im Januar 1926 schloß ihn das ZK aus der KPD aus, weil er versucht hatte, mit seinen linken Anhängern die Räume der Parteizeitung in Hannover zu besetzen. Er bildete später mit anderen ultralinken Kreisen die Organisation „Spartakusbund“, die stark syndikalistische Züge trug.

21) Das „Mitteilungsblatt“ der linken Opposition vom 15. März 1927 zählte folgende Gruppen auf: die „Brandler-Fraktion“, die „Versöhnler“ unter Ernst Meyer, die „Parteibeamten“ (darunter Pieck und Ulbricht), die Thälmann-Fraktion, eine linke Chemnitzer Gruppe, die linke Opposition Fischer-Maslow und vier ultralinke Gruppen (Weddinger Opposition, Pfälzer Opposition, die Gruppe um Karl Korsch und eine Gruppe um Ernst Schwarz).

22) Gerhart Eisler (1897 geboren) ist ein Bruder Ruth Fischers. Im Ersten Weltkrieg war er Offizier der österreichischen Armee. Zunächst Mitglied der

KPD, kam er als Redakteur der „Roten Fahne“ nach Berlin. 1927 Mitglied des ZK, gehörte er zu den „Versöhnlern“. In der Wittorf-Affäre betrieb er die Absetzung Thälmanns. Er wurde deswegen aus der KPD entfernt und arbeitete für die Kominintern in verschiedenen Ländern, zuletzt in den USA. 1947 in Amerika zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, flüchtete er 1949 in die Sowjetzone, wo er in der SED verschiedene Funktionen ausübte. Er ist z. Zt. stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees.

23) Hermann Remmele und Heinz Neumann — vgl.: VIII. „Während der stalinschen Säuberung ermordete führende deutsche Kommunisten“ (Seite 23/24).

24) Die KPD wurde von Brandler, Thalheimer, Frölich und Walcher geleitet, die im Ersten Weltkrieg alle den Spartakusbund mitbegründet hatten. Die Kommunistische Partei-Opposition hatte politischen Einfluß vor allem in Sachsen, Thüringen, in Offenbach/Main und Breslau. Die Minderheit der KPD unter Frölich und Walcher vereinigte sich später mit der Sozialistischen Arbeiterpartei, die als linke Abspaltung von der SPD entstanden war.

25) Die RGO, die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, war zunächst ein Zusammenschluß der aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossenen Kommunisten. In den Jahren nach 1929 versuchte die KPD aber die RGO zu einer eigenen Gewerkschaft auszubauen. Im November 1930 wurde ein „Roter Metallarbeiterverband“, im Januar 1931 ein „Roter Bergarbeiterverband“ gegründet, usw.

26) Paul Merker (geboren 1894), von Beruf Kellner, war Anhänger der Linken in der KPD und kam 1925 in den preußischen Landtag, zugleich als Angestellter in die Gewerkschaftsabteilung der KPD. Seit 1927 ZK-Mitglied, leitete Merker die Gewerkschaftsabteilung und ab 1929 die RGO. Im März 1930 wurde Merker aus dem Politbüro und ZK ausgeschlossen und für ultralinke Fehler verantwortlich gemacht. Peuke und andere Berliner Funktionäre, die ihn unterstützten, wurden als „Merker-Gruppe“ angegriffen. Merker arbeitete in kommunistischen Massenorganisationen und kam 1935 wieder in das ZK der KPD. Zunächst in Frankreich, dann in Mexiko in Emigration, wurde er 1946 Mitglied der SED und gehörte dem 1. Politbüro an. 1950 wegen Verbindung zu dem angeblichen amerikanischen Agenten Noel Field ausgeschlossen, verhaftete ihn der Staatssicherheitsdienst 1952, nach dem Slansky-Prozeß. 1955 wurde er aus der Haft entlassen, aber bis heute nicht politisch rehabilitiert.

27) John Schehr (1896 — 1934) lernte Schlosser und trat 1912 der SPD bei. Er gehörte der Hamburger USP an, mit der er 1920 zur KPD kam. Als Hamburger Funktionär war er in die Wittorf-Affäre verwickelt und wurde deswegen 1928 aller Funktionen enthoben. Zusammen mit Thälmann von Stalin rehabilitiert, wurde er 1929 ins ZK gewählt. 1932 kam er ins Politbüro und wurde von der Kominintern nach der Verhaftung Thälmanns 1933 zu dessen Nachfolger als Parteiführer ausersehen. Doch fiel auch er bereits Anfang November 1933 in die Hände der Gestapo, die ihn nach fürchterlichen Folterungen am 2. Februar 1934, angeblich „auf der Flucht“, erschoss.

Hermann Schubert — vgl.: VIII. „Während der stalinschen Säuberung ermordete führende deutsche Kommunisten“ (Seite 24).

28) Bis heute ist nur wenig über die deutschen Kommunisten bekannt, die in den stalinschen Säu-

berungen ums Leben kamen. Offizielles Material ist überhaupt nicht vorhanden, Rehabilitierungsurkunden liegen nur in einem Fall vor. Es ist daher verständlich, daß in einigen Veröffentlichungen über die in der Sowjetunion umgekommenen deutschen Kommunisten Fehler vorkommen. In einigen Publikationen werden auch solche führenden deutschen Kommunisten als „tot und verschollen“ angegeben, die zwar während der Säuberung 1936 bis 1938 verhaftet wurden, aber später wieder freikamen. Das gilt z. B. für Paul Schwenk, den die Geheimpolizei Stalins 1938 in Moskau verhaftete, der aber wieder freigelassen wurde. Er starb kürzlich — bis zu seinem Tode als SED-Veteran gefeiert — in Ost-Berlin. Auch Willi Kerff wurde 1937 in Moskau verhaftet, er kam aber dort nicht um, er ist vielmehr heute Leiter des Ostberliner „Instituts für Zeitgeschichte“.

Andere führende deutsche Kommunisten, über die verschiedentlich berichtet wurde, sie seien in der Sowjetunion „verhaftet, tot und verschollen“, sind in Wirklichkeit Opfer der Gestapo geworden. So ist Julius Adler, früher MdR und KPD-Führer am Niederrhein, schon 1933 verhaftet worden. Nachdem man ihn von KZ zu KZ geschleppt hatte, starb er kurz vor Kriegsende im KZ Bergen-Belsen.

Rudolf Hennig, MdR der KPD, wurde ebenfalls schon 1933 von der Gestapo verhaftet. Nachdem er zwei Jahre Gefängnis verbüßt hatte, kam er ins KZ. Am 11. Oktober 1944 wurde er in Sachsenhausen (zusammen mit Schneller u. a.) erschossen.

Otto Schlag, MdL in Preußen, kam ebenfalls nicht, wie oft behauptet, in der Sowjetunion um. Im April 1933 von der Gestapo verhaftet, blieb er sechs Jahre im KZ. Er wurde Anfang 1939 freigelassen, nach Kriegsausbruch aber wieder festgenommen. Schwerkrank entlassen, starb er im April 1944.

Auch Matthias Thesen kam nicht in der Sowjetunion um, er war vielmehr von 1933 bis 1944 in deutschen KZ's und wurde zusammen mit Schneller im Oktober 1944 in Sachsenhausen erschossen.

Andere Funktionäre, von denen irrtümlich berichtet wurde, sie seien in der Sowjetunion umgekommen oder verschollen, leben noch. Das gilt für Hans Pfeiffer (1923 Zentrale-Mitglied), der 1934 in Deutschland eine relativ geringe Freiheitsstrafe erhielt. Er kam mit dem Leben davon und übt für die SED eine — allerdings unwesentliche — Funktion aus. Pfeiffer ist Vorsitzender des Rats von Königswusterhausen.

Der ehemalige führende Funktionär der KPD Robert Neddermeyer — zeitweilig „Ultralinkler“ — ist ebenfalls nicht in der Sowjetunion umgekommen. Er war vielmehr nach 1945 Funktionär der SED und lebt heute als „Parteiveteran“ in Ost-Berlin.

Dem Irrtum, daß der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete und Rechtsvertreter Gerhard Obuch in der Sowjetunion unter Stalin verschwunden ist, war auch ich selbst erlegen. Inzwischen konnte ich aber feststellen, daß Obuch noch bei Kriegsausbruch in Deutschland lebte, also nicht zu den Opfern der stalinschen Säuberung zählte. Alle die Irrtümer in den verschiedenen Untersuchungen sind eben darauf zurückzuführen, daß über die Opfer der Säuberungen so wenig Material vorliegt, ja, außerdem von seiten der SED bewußt versucht wird, die Tatsachen zu verschleiern. Über die hier angeführten 30 führenden Kommunisten gibt es jedoch genügend Hinweise, die zeigen, daß sie alle — wie hundert andere — Opfer des stalinschen Terrors wurden.